



ULRICH SCHNEIDER

# 70 JAHRE VVN WIDERSTEHEN

DAMALS – HEUTE – MORGEN

HERAUSGEGEBEN IM  
AUFTRAG DER VEREINIGUNG  
DER VERFOLGTEN DES  
NAZIREGIMES – BUND DER  
ANTIFASCHISTINNE  
UND ANTIFASCHISTEN



---

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Aktuelle und zukünftige Herausforderungen antifaschistischer Politik ..... | 3  |
| Kapitalismus – Faschismus – Antifaschismus .....                           | 6  |
| Antifaschistische Organisation: Parteiersatz, Bewegung, Bündnis? .....     | 13 |
| Extrem rechte Massenbewegungen .....                                       | 20 |
| Antifaschismus ist Friedenspolitik – die VVN in der Friedensbewegung ..... | 23 |
| Antifaschismus ist Internationalismus .....                                | 25 |
| Der Schwur von Buchenwald .....  | 28 |
| Appell an die Jugend .....   | 30 |
| Wurzeln und Visionen unserer politischen Arbeit .....                      | 32 |
| „Unsere Mütter, unsere Väter“ .....  | 34 |
| Autorenverzeichnis .....   | 62 |

Conny Kerth, Axel Holz

## 70 Jahre nach ihrer Gründung ist die VVN-BdA nötiger denn je! Aktuelle und zukünftige Herausforderungen antifaschistischer Politik

Wie immer vielfältig sich die befreiten Häftlinge von Buchenwald die neue Welt des Friedens und der Freiheit vorgestellt haben, die sie gemeinsam schaffen wollten – so wie die Welt, in der wir heute leben, sah sie sicher nicht aus.

Wir leben in einer Welt, die geprägt ist von eklatanter Ungleichheit, deren ganzer Reichtum sich in wenigen Zentren konzentriert hat, während andere Teile der Welt im Elend versinken. Exzessive Ausbeutung von Menschen und Natur, Klimawandel und -katastrophen und vor allem Kriege machen immer größere Gebiete nahezu unbewohnbar. Mehr als 60 Millionen Menschen kämpfen auf der Flucht ums Überleben. Nur wenige verfügen über die Mittel, sich nach Europa aufzumachen, nur die mutigsten, entschiedensten, kräftigsten unter ihnen schaffen es mit viel Glück anzukommen.

Regelmäßig treffen sich die Mächtigen der Welt zu sogenannten „Gipfel-Treffen“, bewacht und abgeschirmt von tausenden von Polizisten gegen die Proteste aller, die sie für den desaströsen Zustand der Welt in die Verantwortung nehmen. Fluchtursachen bekämpfen heißt in erster Linie, einen Kurswechsel in den internationalen Beziehungen zu verlangen. Im letzten Flugblatt der Weißen Rose hieß es: „Jedes Volk, jeder Einzelne hat ein Recht auf die Güter dieser Welt“. Wir müssen uns daran beteiligen, den gesellschaftlichen Diskurs darüber in Gang zu bringen.

Wir leben in einer Europäischen Union, deren Grenzen weit offenstehen für Waren- und Kapitalverkehr, die sich aber gegen Flüchtende gewaltsam abschottet. Wer es schafft, über



das Mittelmeer zu kommen, strandet in Griechenland und Italien, wer den Landweg nimmt, landet in Bulgarien im Knast. Der türkische Diktator Erdogan wird zum Türsteher Europas, Regierungen von Herkunfts- und Transitstaaten der Flüchtenden werden aufgerüstet, um die Menschen, die vor ihnen fliehen wollen, an der Flucht zu hindern. Gemeinsam mit unseren Partnern in der FIR wenden wir uns gegen die Abschottung Europas, gegen Dublin-Abkommen, FRONTEX, Militäroperationen im Mittelmeer und die Kooperation mit Diktatoren gegen Flüchtende.

Als Organisation, unter deren Mitgliedern viele den Nazi-Terror nur überleben konnten, weil sie in anderen Ländern Zuflucht fanden, ist es für uns selbstverständlich das Menschenrecht auf Asyl zu verteidigen, Geflüchtete willkommen zu heißen und ihnen in den politischen Auseinandersetzungen zur Seite zu stehen.

Wir leben in einem Land, das zum dritten Mal Anlauf nimmt, Weltmacht zu werden. Ökonomisch und politisch seit langem „Führungsmacht“ in Europa, haben alle Bundesregierungen ihre neoliberale Politik gegen schwächere Konkurrenten gnadenlos zum Vorteil der eigenen

Wirtschaft durchgesetzt. Nun wird aus wirtschaftlicher und politischer Macht eine Verpflichtung zur Übernahme militärischer „Verantwortung“ abgeleitet, der Bundespräsident denunziert „jene ... die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken.“ Schon heute ist Deutschland durch Waffenexporte an nahezu allen, durch politische Parteinahme und zunehmend militärisch an immer mehr Kriegen in allen Teilen der Welt beteiligt.

Wir sagen NEIN zu deutschen Großmachtträumen. Zwei Mal schon hat der deutsche Griff nach der Weltmacht zum Weltkrieg geführt. Wir sagen NEIN zu weiterer Aufrüstung und Kriegsbeteiligung. Die Lage in den gegenwärtigen Kriegsgebieten zeigt deutlich: in der globalisierten Welt gibt es keine militärischen Lösungen für politische und soziale Probleme. Mit der globalen Konkurrenz um künftige Einflussphären steigt die Gefahr neuer Kriege. Um sie zu verhindern, brauchen wir Kooperation statt Konfrontation. Dafür bieten UNO und Völkerrecht die Grundlage und deshalb müssen beide gestärkt werden. Wir müssen über unsere Verbündeten in der Friedensbewegung hinaus Bündnispartner gewinnen, um der



neuen Aufrüstung wirksam entgegenzutreten und den Alternativen Gehör zu verschaffen.

Wir leben in einem Land, das sozial tief gespalten ist. Auch hier haben neoliberale Politik und Ideologie verheerend gewirkt. Obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, wächst die Zahl derer, die sich als „Opfer“ sehen – nicht einer ungerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Konzernprofite, sondern als Opfer der „Anderen“, der Geflüchteten, der Muslime,

der Emanzen, der Schwulen, der Politiker und der Lügenpresse, die sie mit political correctness schikanieren, und fremder Mächte, die Deutschlands Souveränität untergraben.

Mit der AfD, die diese Ressentiments und Wahnvorstellungen aufgreift, kanalisiert und zur Grundlage ihres Programms macht, ist eine extrem rechte Partei in zahlreichen Parlamenten vertreten. Ihr Programm ist demokratie- und emanzipationsfeindlich, antisozial, rassistisch und chauvinistisch. Ihr Führungspersonal ist verwoben mit unterschiedlichen Milieus von Alt- und Neonazis. Trotzdem wird die AfD von weiten Teilen der Politik und der Medien als Repräsentantin „der Menschen“ angesehen, denen man signalisieren müsse, dass man sie verstanden hat. So wird ihr Personal in Talkshows eingeladen und Politiker aller Parteien greifen ihre Themen und nicht selten ihre Thesen auf.

Wir sehen in der AfD und in der Bewegung, deren Sprachrohr sie ist, die größte Gefahr für Demokratie und Sozialstaat ebenso wie für das friedliche Zusammenleben der Menschen im Land. Deshalb beteiligen wir uns an Bündnissen und Kampagnen gegen die AfD und sind aktiv in weiteren Aktionen und Formen der Aufklärungsarbeit. Dabei geht es vor allem um die Sensibilisierung gegenüber der AfD gerade dort, wo sie sich „bürgerlich“ gibt. Darüber hinaus ist es notwendig, jeder Anbiederung an die AfD und ihr Wählerpotenzial zu widersprechen.

Gewalttätige – vermutlich islamistisch motivierte – Anschläge auch in Deutschland werden dazu genutzt, Gesetzesverschärfungen, neue Überwachungsmaßnahmen, Einschränkungen des Datenschutzes, Vernetzung von Polizei und Geheimdiensten, neue Befugnisse, mehr



Abschiebungen, mehr Abschottung durchzusetzen.

Dagegen erklären wir: Nicht weniger, sondern mehr Offenheit, mehr soziale und demokratische Rechte, mehr soziale Sicherheit, Teilhabe aller statt Ausgrenzung sind die notwendige gesellschaftliche Antwort auf rechte Hetze und entziehen auch djihadistischer Propaganda den Boden. Darauf

immer wieder hinzuweisen und dafür zu werben, ist eine langfristige Aufgabe.

In den ersten 25 Jahren nach der „Wende“ mussten wir fast 200 Nazi-Morde registrieren. Mit der Zunahme der Fluchtbewegung greifen Faschisten und Rassisten fast täglich Geflüchtete, ihre Unterkünfte, oder Menschen, die sich für die Flüchtlinge einsetzen, an. Selbst das BKA sieht die Gefahr neuer rechter Terrorgruppen, die für die hohe Zahl gewalttätiger Angriffe in einigen Regionen verantwortlich sind. Gleichzeitig zeigt der Prozess gegen Beate Tschäpe und vier Mitangeklagte um die Morde des NSU, dass man kein Interesse an einer tatsächlichen Aufklärung hat, weder über die Struktur dieser Terrorgruppe und ihres Umfelds noch über die Rolle, die der Inlandsgeheimdienst dabei gespielt hat.

Eine der wenigen politischen Konsequenzen aus der beispiellosen Mordserie des NSU und dessen nachweisbaren Verbindungen zum organisierten Neofaschismus, in dessen Zentrum damals die NPD stand, war die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen diese Partei. Trotz der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass sie mit dem historischen Faschismus wesenverwandt ist, die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen will und von Mitgliedern und Funktionären der NPD zahlreiche Gewalttaten begangen wurden, wurde sie nicht verboten. Sie darf weiter ihre widerliche Propaganda betreiben und angebliche Einzeltäter zu Mord und Totschlag motivieren.

Die Legalität verleiht Faschisten den Anschein der Legitimität: sie profitieren von der Parteienfinanzierung, ihre öffentlichen Auftritte werden von Gerichten genehmigt und von der Polizei geschützt. Wir werden ihnen auch weiterhin entgegenzutreten, wo immer sie auftreten, kein Fußbreit den Faschisten bleibt unser Ziel, Blockieren unser Recht. Darin sind wir uns mit Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen einig.

Als die Überlebenden aus Widerstand und Verfolgung vor nunmehr 70 Jahren die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes gründeten, gehörten die Aufklärung der Verbrechen, die Bestrafung der Schuldigen und die Entschädigung der Opfer zu ihren zentralen Anliegen. Wer hätte damit gerechnet, dass die Auseinandersetzung um diese fundamentalen Forderungen auch fast ein Menschenleben später noch notwendig ist?

Wer hätte vor 70 Jahren damit gerechnet, dass das Bayerische Verwaltungsgericht urteilt, das Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ sei verfassungsfeindlich, weil es „schlicht der Diskreditierung anderer missliebiger Meinungen“ diene?

Wer hätte sich vorgestellt, dass die Stadt Suhl für NSDAP-Blockleiter, Zellenleiter und andere aktive Mitglieder, Mitarbeiter der Gestapo, SS und SA-Aktivistinnen und Polizisten aus Suhl, die im sowjetischen Speziallager Nr. 2 in Buchenwald inhaftiert waren, eine Gedenktafel errichten würde?

Allerdings war der Gründergeneration spätestens Anfang der 1970er Jahre klar, dass es notwendig sein würde, die Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus und – nach den Wahlerfolgen der NPD 1968/69 – auch gegen neue Gefahren über ihre Generation hinaus zu führen und öffneten ihre Reihen für die Nachgeborenen. Jetzt müssen wir darüber nachdenken, wie wir es schaffen, unsere Reihen zu verstärken. Es gibt noch so viel zu tun!

Georg Fülberth

## Kapitalismus – Faschismus – Antifaschismus

### Einleitung: Option – nicht Zwangsläufigkeit

„Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg!“ So lautete ein Slogan der 1968er-Bewegung in der Bundesrepublik. Er benennt eine Möglichkeit: Kapitalismus kann zum Faschismus führen, ist aber keine Zwangsläufigkeit.

Es gibt auch nichtfaschistischen Kapitalismus: Denken wir an die skandinavischen Staaten, Großbritannien und die USA, die niemals faschistisch waren. Wer meint, gegen Faschismus könne nur gekämpft werden, wenn zugleich DER Kapitalismus beseitigt werde, verurteilt sich gegenwärtig, da der Kapitalismus nahezu weltweit gesiegt hat, zum Nichtstun. Dann wäre aktueller Antifaschismus nur eine Sache z. B. von Bürgerlichen und Christen, die das Nötige gegen Faschismus zu tun versuchen, auch wenn dadurch der Kapitalismus nicht verschwindet. Den Antikapitalisten bleibe da ausschließlich Däumchen-drehen. Eine solche Haltung wäre sektiererisch. So verhielt sich leider ab 1929 die KPD, die meinte, es gebe nur noch die Alternative zwischen Faschismus und Sozialismus, und wer in einer solchen Situation an der Verteidigung der bürgerlichen Republik festhalte, wie z. B. die SPD, fördere objektiv den Faschismus, der nur durch die sozialistische Revolution – „Räte-Deutschland“ – zu verhindern sei. Dadurch wurde die Zusammenarbeit mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Antifaschistinnen und Antifaschisten unmöglich.

### I. Faschismus an der Macht

Diese Position wurde 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale revidiert. Georgij Dimitroff formulierte damals so: *„Der Faschismus an der Macht, [...] ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“*

Hier wird die offene Gewaltherrschaft, der Terror, stark betont, ebenso der Nationalismus in seiner schärfsten Form: Chauvinismus, und außenpolitische Aggressivität: Imperialismus. Faschismus ist also eine Form kapitalistischer Herrschaft unter anderen. Daneben gibt es liberalen, konservativen, auch demokratischen Kapitalismus, also Formen bürgerlicher Herrschaft, in denen das Kapital nicht terroristisch, chauvinistisch und außenpolitisch aggressiv herrscht. Das sind dann kleinere Übel.

Dimitroff war der Ansicht, alle nichtfaschistischen Kräfte, nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten, Christen, Liberale, ja Konservative könnten und müssten ein Bündnis schließen gegen die alleräußerste Rechte, die Faschisten.

Die ökonomische Basis des Faschismus in der Definition der Kommunistischen Internationale von 1935 ist das Finanzkapital. Es ist mehr als nur Bank und Börsenkapital, nämlich Monopolkapital, das aus der Verschmelzung von hochgradig zentralisiertem Bank- und Industriekapital entsteht. Dies hatten zuerst der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding 1910 und 1917 Wladimir I. Lenin festgestellt.

In Deutschland war es im „Reichsverband der Deutschen Industrie“ (RDI), dem Vorläufer des heutigen Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), organisiert. In einer Denkschrift mit dem Titel „Aufstieg oder Niedergang“ hatte dieser 1929 dasselbe gefordert wie 1982 ein Papier des Grafen Lamsdorff:

- Senkung der Lohnnebenkosten und der Steuern,
- Ausschaltung der so genannten Gewerkschaftsmacht,
- Entfernung der SPD aus der Regierung.



Damals wollten die Monopole noch nicht den Faschismus, sondern ein Regime des Zwangssparens durch ein autoritäres, aber eben noch nicht faschistisches Regime. Das versuchten 1930-1932 die der Zentrumsparterie angehörenden Reichskanzler Heinrich Brüning und Franz von Papen. Sie hatten aber keine Massenbasis, konnten die Weltwirtschaftskrise, die 1929 ausgebrochen war und in der kaum noch Profite zu machen waren, nicht überwinden. Deshalb setzte das Monopolkapital schließlich auf Hitler, der ausweislich der Reichstagswahlen ab 1930 über eine Massenbasis verfügte und der eine dynamische außenpolitische Konzeption hatte: Zerbrechung des Systems von Versailles, Expansion, Rüstung. Woher kam Hitlers Massenbasis? Das Monopolkapital hat sie ihm ursprünglich nicht verschafft. Die Anhänger der NSDAP waren Arbeitslose, deklassierte Intellektuelle, Handwerker ohne Perspektive, verschuldete Bauern, es handelte sich um eine Bewegung der armen Teufel. Gewiss, es gab schon früh ein paar Fabrikanten, z.B. den Klavier-

hersteller Bechstein, genauer: seine Frau, die die NSDAP finanzierten. Aber erst nach 1930 kamen Großkapital und Hitler-Bewegung allmählich zusammen, ruckartig dann Anfang 1933.

In Deutschland gab es also tatsächlich eine Kombination aus Massenbewegung und Monopolkapital, oder, wie die politische Theoretikerin Hannah Ahrendt später sagte: aus Mob und Elite. Es gab andere Länder, in denen der Faschismus an der Macht war, in denen das Monopolkapital nicht dieselbe Bedeutung hatte wie in Deutschland. In Spanien bildeten Großgrundbesitz, Bankkapital und Klerus die Elite, das Monopolkapital war randständig. Ähnlich war es in Italien. In den USA gab es ab 1929 Massenarbeitslosigkeit, aber keine faschistische Massenbewegung und keine Bereitschaft des Monopolkapitals zum Faschismus.

Gegen das Großkapital ist der Faschismus nie an die Macht gekommen. Aber nicht überall, wo es Monopolkapital gab, kam der Faschismus an die Macht. Der britische Historiker Eric Hobsbawm schrieb 1994: Das Monopolkapital könne sich mit allen Politikformen arrangieren, auch mit der parlamentarischen Demokratie. Nur in Extremfällen benutzt es den Faschismus an der Macht. Wenn das so ist, sollte die Dimitroff-Formel modifiziert werden: *„Faschismus ist terroristische Gewaltherrschaft zwecks Verteidigung und/oder Fortentwicklung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Er ist Herrschaft im Interesse des Kapitals, sein Mittel ist der Terror gegen alles, was den Interessen des Kapitals im Weg steht.“*

Es gab Faschismus, der von einer Massenbewegung getragen wurde, und es gab Faschismus, der sich nur auf den Staatsapparat stützte und nicht auf eine Massenbewegung, zum Beispiel in Chile ab 1973.

Hier noch ein paar Bemerkung zur Rolle der faschistischen Massenbewegungen dort, wo es sie gab, zum Beispiel in Deutschland:

Die faschistische Massenbewegung und das Kapital haben nicht dieselben Interessen. Die Massenbewegung dient der Selbstbereicherung der bisher armen Teufel, die jetzt auch einmal an den Trog wollen, das Kapital betreibt seine eigene Selbstbereicherung und benutzt die Massenbewegung als nützlichen Idioten, der zwischendurch auch mal auf seine Kosten kommen will. Nach einiger Zeit trennt man sich wieder, so in Deutschland nach 1945. In der Bundesrepublik gehen Neonazis und Monopolkapital zurzeit getrennte Wege.

## II. Faschismus als einflussreiche Opposition

### 1. Indirekter Einfluss des Faschismus

In der Gegenwart haben wir es nirgends mit dem Faschismus an der Macht zu tun. Das Großkapital will zurzeit nirgends eine faschistische Bewegung an der Staatsmacht. Wir müssen zwischen zwei Arten von Faschismus unterscheiden: Faschismus an der Macht und Faschismus als einflussreicher Opposition. Der Faschismus ist in Deutschland nicht an der Macht, aber er ist eine einflussreiche Opposition, obwohl die NPD nur in zwei Länderparlamenten ist.

Warum ist der Faschismus in der BRD einflussreich?

Erstens: Durch seine Verbrechen. Das sind ja nicht nur die zehn NSU-Morde. Seit 1990 gab es in Deutschland insgesamt 178 Todesopfer rechter Gewalt, hinzukommen elf Verdachtsfälle.

Zweitens: Der Faschismus in Gestalt der kleinen Neo-Nazi-Gruppen in Deutschland hat Einfluss dadurch, dass er offensichtlich Sympathisanten im Staatsapparat, also in der Exekutive hat. Hier ist in erster Linie der so genannte Verfassungsschutz in Bund und Ländern mit seinen V-Leuten zu nennen.

Drittens: Die Neo-Nazigruppen beeinflussen indirekt, aber wirksam die Gesetzgebung auch in Parlamenten, in denen sie nicht vertreten sind. Eklatantestes Beispiel: Die faktische Abschaffung des Asylrechts in Deutschland 1993 nach einer Serie von Brandanschlägen. Spätestens in Wahlzeiten nehmen etablierte Parteien Rücksicht auf Wählerinnen und Wähler, die für Nazi-Parole anfällig sind. Ein Beispiel war die erfolgreiche Kampagne der CDU in Hessen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 1999.

Der Einfluss der Nazi-Gruppen ist also größer, als ihre derzeitige Winzigkeit vermuten lassen könnte. Warum ist das so?

Antwort: Die Neonazis bewegen sich in einem Milieu, das über sie hinausgeht. Dieses Milieu ist der Rechtspopulismus.

### 2. Rechtspopulismus

Was ist Rechtspopulismus? Von Populismus spricht man, wenn eine Politik sich kritiklos hinter Volkes Stimme versteckt und sie für sich nutzt, ohne zu fragen, ob Volkes Stimme nicht auch Dummes oder Gefährliches von sich gibt. Wenn man Links- und Rechtspopulismus nebeneinander stellt, wendet man ein ebenso fragwürdiges Verfahren an, wie wenn man umstandslos von Links- und Rechtsextremismus spricht.

Rechtspopulismus ist, wenn Schwächere ausgegrenzt werden mit der Begründung, sie seien minderwertig oder gehörten nicht zum „Volk“. Die Rechtspopulisten erklären sich selbst zum Volk, treten nach unten, verbinden das zuweilen mit einer Rhetorik des Aufmuckens nach oben, etwa gegen „die Reichen“, die zentrale Stoßrichtung ihrer Angriffe geht aber immer gegen Schwächere: Ausländer nichtweißer Hautfarbe, Juden, angebliche volksfremde Drahtzieher im Hintergrund.

Linkspopulismus gibt es nicht. Mit diesem Begriff werden von der Rechten und der Mitte linke Massenbewegungen diffamiert.

### 3. Unterschiede zwischen Rechtspopulismus und Faschismus

Zwischen Rechtspopulismus und Neonazis muss unterschieden werden, um aufgrund dieser Unterschiede auch ihre Gemeinsamkeiten feststellen zu können. Zunächst zu den Neonazis. Ihre Spezialität ist ihr Bekenntnis zu einem faschistischen Staat. Hierher gehört ihre Anhänglichkeit an den Hitler-Faschismus und ihre Holocaust-Leugnung. Die rechtspopulistischen Bewegungen wenden sich nicht gegen die parlamentarische Demokratie, sondern sie nutzen sie und versuchen die parlamentarisch-demokratischen Regierungen zu beeinflussen. Hier haben sie große Erfolge, von Ungarn bis Frankreich und Skandinavien. Selbst wo Rechtspopulisten an Regierungen beteiligt sind oder solche tolerieren (wie in Griechenland und vor einigen Jahren in Italien), streben sie nicht den Umbau des Staates zu einer Diktatur an. Das ist der Unterschied zwischen den rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen, die 2015 mit Syriza koalierten, und der Partei „Goldene Morgenröte“ in Griechenland.

Als die Alleanza Nazionale, die Partei der Neofaschisten in Italien, in die Regierung Berlusconi ging, war sie keine faschistische Partei mehr, sondern eine rechtspopulistische wie die Lega Nord.

Ein zweiter Unterschied zwischen Rechtspopulisten und Neonazis ist ihr Verhältnis zur Gewalt. Neonazis erstreben nicht nur die Beseitigung der Demokratie durch ein System permanenten Terrors, sondern für sie ist der Terror auch eine Praxis ihrer Opposition: durch Mord- und Brandanschläge und physische Einschüchterung.

### 4. Gemeinsamkeiten von Rechtspopulismus und Faschismus



So viel zu den Unterschieden. Jetzt zur Gemeinsamkeit zwischen Neonazis und Rechtspopulisten. Diese Gemeinsamkeit ist die Fremdenfeindlichkeit. Wer fremd ist, bestimmen sie selbst: Ausländer, Flüchtlinge, angeblich andere Rassen, Schwule, Lesben – alle sind Fremde, also nicht nur Ausländer. Wodurch sind sie fremd? Antwort: Sie sind für die Rechtspopulisten und Nazis fremd, weil sie von diesen zu Fremden gemacht werden. Maßstab ihres Fremdseins ist die Art und Weise, wie die Rechtspopulisten und die Faschisten sich selbst definieren: als Angehörige eines heimischen Volks, das durch Eindringlinge entweder in seiner Selbstentfaltung oder auch nur in seinen bisherigen Sitten und Gebräuchen gestört wird.

Der Rechtspopulismus hat sich in der Geschichte geändert. Er ist nämlich ziemlich alt, er geht bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Damals verschaffte sich die bisherige, bislang ausschließlich elitäre Rechte eine nicht mehr elitäre, sondern „völkische“ Massenbasis.

Um diesen Übergang zu verstehen, muss gefragt werden: was ist rechts?

## 5. Elitäre und plebejische Rechte

Die Rechte war in Europa die Antwort auf die Linke. Die Linke entstand am Ende des 18. Jahrhunderts, in der Französischen Revolution. Ihre Losung war Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit [= Solidarität]. Die Gegenparole der Aristokraten war: Ordnung (statt Freiheit) – gott- oder naturgewollte Ungleichheit (statt Gleichheit) – Distanz zum „Pöbel“ (statt Solidarität). So entstand die Rechte. Mit ihr setzte sich der Adel vom Bürgertum, von den Bauern und den Arbeitern ab.

Die Kapitalisten verstanden sich zunächst als Teil der Linken. Sie waren (und sind) für die Freiheit als Freiheit des Marktes, für Gleichheit als Chancengleichheit, und sie solidarisierten sich in den bürgerlichen Revolutionen mit den Unterklassen im Kampf gegen den Adel und die absolute Monarchie. Nachdem sie diesen Adel besiegt hatten, hielten sie nicht mehr viel von Gleichheit, Freiheit und Solidarität. Statt Gleichheit wollen sie eine Ordnung, die ihren Besitz sichert. Statt Gleichheit sind sie jetzt für die Aufrechterhaltung der Ungleichheit im Eigentum. Statt der Solidarisierung mit den Unterklassen sind sie jetzt dafür, Abstand zu diesen zu halten. Mit anderen Worten: Das Bürgertum ging nach rechts. Was wurde danach aus den Klassen, die weder aristokratisch noch kapitalistisch sind? Diese nichtadeligen und nichtkapitalistischen Klassen zerfallen in die Arbeiterklasse und die Mittelschichten. Im 19. Jahrhundert organisierte sich die Arbeiterklasse sozialistisch, sie hielt an Freiheit, Gleichheit, Solidarität fest.

Die Mittelschichten sind Selbständige, zum Beispiel Handwerker, kleine Angestellte und Beamte sowie Bauern. Sie sahen (und sehen) sich eingezwängt zwischen oben – Adel und Kapitalisten – und unten, also den Arbeiterinnen und Arbeitern. Ins Proletariat wollen sie nicht absinken, in den Adel und die Kapitalistenklasse können sie nicht aufsteigen (allenfalls dann und wann ein paar von ihnen). In dieser Situation entwickelten (und entwickeln) sie Ressentiments, Vorurteile und Feindbilder. Diese Feindbilder können durchaus auch das Kapital betreffen. Man hasst bestimmte Teile der Kapitalistenklasse, im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren dies die jüdischen Kapitalisten, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Kapitalisten, sondern in ihrer Eigenschaft als Juden. So entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein neuer Antisemitismus. Er richtete sich nicht mehr, wie im Mittelalter, gegen eine andere Religion, sondern gegen eine andere so genannte Rasse. Rassismus ist eine Eigenschaft des Rechtspopulismus.

Zweitens wendet sich der Rechtspopulismus gegen den Sozialismus als die Bewegung der Arbeiterklasse. Der Sozialismus steht für die Gefahr des Absinkens ins Proletariat, die Mittelschichten fürchten das, was sie noch haben, an die Arbeiterinnen und Arbeiter zu verlieren. Rechtspopulismus ist im Kern antisozialistisch. Dennoch bedient er sich zuweilen einer antikapitalistischen und manchmal sozialistischen Rhetorik. Sozialismus ist dann die Gemeinschaft der Angehörigen der gleichen Rasse oder eines von den Rechtspopulisten selbst definierten „Volkes“ gegen die angeblich fremdrassigen oder volksfremden Kapitalisten.

Die dritte Frontstellung des Rechtspopulismus richtet sich gegen das Ausland und die Ausländer. Sie werden als Bedrohung des eigenen Besitzstandes verstanden. Rechtspopulismus ist immer nationalistisch. Dieser Nationalismus ist zugleich defensiv und offensiv. Das Ausland wird als Bedrohung gesehen, das dem eigenen Volk etwas wegnimmt. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wird es auch als eine Gegend gesehen, in der es etwas zu holen gilt, zum Beispiel Kolonien. An dieser Stelle verbündet sich der Rechtspopulismus mit der Politik des Großkapitals, dem Imperialismus. Selbst dieser Nationalismus versteht sich teilweise als Sozialismus: Sozialismus bezeichnet die Gemeinsamkeit der Volksgenossen.

Dieses Bündnis Großkapital und Rechtspopulismus erlitt eine Niederlage im Ersten Weltkrieg, wurde dadurch aber nur noch fester geschmiedet. Die Eliten – Großgrundbesitzer, Großkapital, die Spitzen von Verwaltung und Justiz – hielten sich zu Beginn der Weimarer

Republik von der plebejischen Rechten – das waren die Völkischen und die NSDAP – noch etwas fern. Sie bekämpften die Republik zunächst noch aus einer aristokratisch-monarchistischen Position heraus und wurden von der Hitler-Bewegung deshalb als „Reaktion“ beschimpft.

Die „Sturmabteilungen“ der NSDAP, die SA, waren zunächst eine Bewegung der armen Teufel, die zeitweise sogar eine sozialistische Phraseologie benutzte. Wie schon gezeigt, stellte erst um 1930 sich das Bündnis von rechter Massenbewegung und Elite wieder her und wurde zugunsten eines Teils der Eliten, nämlich der Reichswehr, 1934 mit der Entmachtung der SA-Spitze wieder aufgekündigt.

## **6. Schwächung des Rechtspopulismus nach 1945**

Nach 1945 hatten Rechtspopulismus und Nazis in der Bundesrepublik offiziell keine Chance mehr. Das Grundgesetz von 1949 – von Marianne Linke zu Recht immer wieder als eine vorzügliche Verfassung gelobt – ist eine antifaschistische Verfassung. In der Realität allerdings fanden ehemalige Nazis der zweiten Reihe einflussreiche Stellungen im Staatsapparat und wurden unter anderem im Kampf gegen den Kommunismus gebraucht. Adenauer rechtfertigte dies mit dem Ausspruch: „Ich kann kein schmutziges Wasser wegschütten, wenn ich kein sauberes habe.“ Der Antisemitismus aber war tabuisiert, und zwar mit antisemitischer Begründung, die sich philosemitisch gab: Adenauer war der Ansicht, dass die Juden großen Einfluss auf die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika hätten, und da er die USA für die Wiedervereinigung brauchte, gab es – anders als früher – nun keinen Antisemitismus der Eliten mehr. Auch der Springer-Konzern verfolgte diesen Kurs. Der Rechtspopulismus verschwand ebenfalls für etwa vier Jahrzehnte, bis zum Ende der achtziger Jahre. Ursache war der wirtschaftliche Aufschwung, der zwar nur bis ca. 1975 anhielt, ideologisch aber noch bis ungefähr 1989 weiterwirkte. In diesen Jahrzehnten kam der Abstieg der Zwischenschichten, aus dem sich der Rechtspopulismus früher genährt hatte, zu einem Halt. Es ging im westdeutschen Kapitalismus jetzt für einige Zeiten allen etwas besser, niemand schien abzusteigen. Tatsächlich waren dies, wie inzwischen der französische Ökonom Thomas Piketty gezeigt hat, auch Jahrzehnte, in denen die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen im Vergleich zu früher und dann auch zu heute, abnahm. Wenn der Aufschwung kurzfristig gestört schien, zeigte sich allerdings, dass die alten rechtspopulistischen und auch faschistischen Denkmuster noch weiterbestanden. Dies zeigte sich beim zeitweiligen Aufstieg der NPD in der Wirtschaftskrise 1966/67. Allerdings handelte es sich da eher um eine Bewegung der alten Nazis, junge wurden noch kaum rekrutiert. In den Jahrzehnten 1945-1975 sank die Mittelschicht nicht ab, sondern erweiterte sich. Es gab das Phänomen der von Piketty so genannten „vermögenden Mittelschicht“, die aus der jetzt entstandenen breiten Masse der Intelligenz sich rekrutierte und sich mit den Grünen eine eigene Partei schuf. Diese Besserverdienenden neuer Art waren und sind weltoffen und entschieden nicht-faschistisch. Soweit sie populistisch sind, ist ihr *populus*, also ihr „Volk“, nur das eigene soziale Milieu, das zwar nicht nach unten tritt, aber sich doch nach unten abschottet, etwa in besonderen Schulen und Wohngebieten, insofern also auf neue Art elitär ist.

## **7. Wiederaufstieg des Rechtspopulismus nach 1945**

Seit Mitte der siebziger Jahre gab es einen Umbruch: ein neues Zeitalter der Ungleichheit begann. Die Mittelschicht polarisiert sich. Ein Teil steigt weiter auf und schottet sich, wie gezeigt, nach unten ab. Ein anderer Teil der Mittelschicht steigt ab oder sieht sich vom Abstieg bedroht. Er sucht Ursachen für diese Situation. Eine Ursache der Beunruhigung bildet derzeit die Entwertung von Ersparnissen aufgrund der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise. Hier richten sich Ressentiments gegen die angeblich faulen Griechen, die von dieser internationalen, also „volksfremden“

Instanz gepöppelt wurden. Diese Ressentiments gehören zum gegenwärtigen Rechtspopulismus.

Auch die Arbeiterklasse polarisiert sich. In der Chemie- und Metallindustrie sind die Arbeitsplätze relativ sicher und gut bezahlt. Die IG Metall und die IG Bergbauch, Chemie und Energie betreiben eine Lohnpolitik in Kooperation mit dem Kapital, die zur Niederkonkurrierung schwächerer europäischer Volkswirtschaften beiträgt. Untersuchungen haben überraschenderweise ergeben, dass rechtspopulistische Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern stärker vertreten sind als in der Gesamtgesellschaft. Trotz verbesserter Beschäftigungslage bleibt der Anteil der Langzeitarbeitslosen nahezu unverändert. Erscheint eine Lage aus eigener Kraft nicht mehr veränderbar, stellt sich oft ein Ressentiment gegen Fremde ein. Dies ist offenbar gegenwärtig ein europaweites Phänomen und bildet die Grundlage für fremdenfeindliche Anschläge.

Anders als in der Weimarer Republik gibt es zurzeit kein Bündnis von Rechtspopulismus und Neonazis einerseits, den ökonomischen Eliten andererseits. Die Unternehmer profitieren vom Euro und den Maßnahmen zu seiner Rettung. Mit dem Hass auf die angeblich faulen Griechen können sie nichts anfangen. Das führt dazu, dass rechtspopulistisches Ressentiment und sogar die Parolen der NPD und der so genannten Freien Kameradschaften zurzeit sogar antikapitalistisch und antiimperialistisch daherkommen. Die Unternehmen sind auch für Einwanderung, die ihnen zusätzliche Arbeitskraft in Aussicht stellt und Druck auf die Löhne ausüben könnte. Sie haben zurzeit kein Interesse am Rechtspopulismus und wenden sich gegen Pegida. Die Distanz der Eliten zum Neonazismus und Rechtspopulismus muss nicht für die Ewigkeit sein. Es kommt auf die Situation an. Auch gegenwärtig gibt es einen Elitenfaschismus, etwa in einem Teil der studentischen Korporationen und in der Zeitschrift „Junge Freiheit“. Und vielleicht hält ein Teil des Staatsapparats seine Hand über die Neonazis: der Verfassungsschutz in Bund und Ländern, besonders deutlich geworden in der Rolle seiner V-Leute und in der NSU-Affäre. Auffällig ist die geringe Aufklärungsquote bei Brandanschlägen gegen Flüchtlingsheime. Hier zeigen sich Gefahrenpunkte für ein etwaiges Zusammengehen von faschistischen Minderheiten in der Akademikerschaft und Teilen des Staatsapparats.

## Was kann in dieser Situation Antifaschismus bedeuten?

Meiner Meinung nach dreierlei: Erstens: Kampf um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Gesellschaftliche Ungleichheit schafft Ressentiments, Gleichheit kann sie abbauen. Zweitens: Teilnahme an allen Kämpfen gegen Fremdenfeindlichkeit und zum Schutz der Flüchtlinge. In der deutschen Geschichte hat Zuwanderung immer zu Aufstieg und Wohlstand geführt.

Drittens: Entlarvung der pseudo-antikapitalistischen und pseudo-antiimperialistischen Parolen der Nazis und Rechtspopulisten. Keine Querfronten!

Was sind Querfronten? Der Begriff tauchte am Ende der Weimarer Republik auf als Vorschlag eines Bündnisses zwischen einem Teil der NSDAP und einem Teil der Gewerkschaften. Heute gibt es wieder solche Angebote eines solchen Rechts-Links-Bündnisses im Zusammenhang mit der Zeitschrift „Compact“. Sie richten sich gegen die USA, gegen die Ukraine-Politik der Bundesrepublik und das internationale Kapital. Das sind auf den ersten Blick ja tatsächlich auch Themen der Linken. Im näheren Hinblick zeigt sich, dass bei Nazis und Rechtspopulisten diese Parolen nichts mit Friedenspolitik, Demokratie oder gar Sozialismus zu tun haben, sondern mit der Mobilisierung des eigenen Volkes gegen andere Völker. Damit können Antifaschistinnen und Antifaschisten keine gemeinsame Sache machen.

*Referat anlässlich des Tages der Opfer des Faschismus beim VVN-BdA Stralsund am 12. September 2015*

Ulrich Schneider

## Antifaschistische Organisation: Parteiersatz, Bewegung, Bündnis?

Seit Monaten findet in der linken politischen Öffentlichkeit eine intensive Diskussion über antifaschistische Strategie und Organisation statt. Der Kongress „Antifa in der Krise“, die Auflösungserklärungen der „Antifaschistischen Linken Berlin“ vom August 2014 und zahlreiche andere Beispiele belegen, dass es einen deutlichen Klärungsbedarf bezüglich der Frage, was eine antifaschistische Organisation sein muss bzw. sein kann, gibt.

### 1. Antifaschistische Organisation als Parteiersatz?

Seit Jahren ist es in den verschiedenen Spektren der antifaschistischen Bewegung unstrittig, dass Antifaschismus keine „Ein-Punkt-Bewegung“ sein kann. Die traditionellen Verbände formulierten das mit den Worten „Antifaschismus ist Humanismus in Aktion“ oder „Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung“. Vor fast zwanzig Jahren entstand die Losung „Zukunftsentwurf Antifaschismus“.

Damit ist klar, dass eine antifaschistische Organisation sich nicht auf die Bekämpfung von neofaschistischen und extrem rechten Aktivitäten und Strukturen beschränken darf.

Im Konzept des antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus wurden politische Eckpunkte formuliert, die zu den Fundamenten



einer antifaschistischen Gesellschaft gehören müssen. Dass dabei auch die ökonomischen Grundlagen einer Gesellschaft hinterfragt werden müssen, hat bereits 1939 Max Horkheimer prägnant formuliert: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Diese Aussage weitergedacht stellt die Frage, ob die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse zu den Grundsätzen antifaschistischer Arbeit gehören müsse.

In der Studentenbewegung der 60er Jahre fand diese Aussage ihren verkürzten Widerhall in der Parole „Kapitalismus führt zum Faschismus –

Kapitalismus muss weg!“ In ähnliche Richtung zielen verschiedene autonome Gruppen, wie z.B. die ALB, in deren selbstkritischen Auflösungserklärung vom September 2014 es u.a. hieß:

*„Der Rassismus der Mitte, der europaweite Erfolg rechter und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen und auch der Sozialchauvinismus in weiten Teilen der Bevölkerung bedürfen neuer Ansätze und Antworten durch die antifaschistische Bewegung. Das alte „Antifa heißt Angriff“ ist in diesem Zusammenhang eher als Stillstand und Phrasendrescherei zu werten. ...*

*Es bietet sich für die radikale Linke die Möglichkeit, an entscheidenden Fragen der Zeit zu intervenieren und größere Zusammenhänge – beispielsweise zu imperialer Politik, zum Militarismus des Westens, zu Neokolonialismus, zu Sozialchauvinismus und kapitalistischer Ausbeutung – zu erklären. ...*

*Gerade im Bereich der sozialen Kämpfe, dem zweiten für uns zentralen Arbeitsfeld, gibt es zurzeit gesellschaftliche Bruchstellen. Hier muss die radikale Linke versuchen zu intervenieren, eigene Positionen zu beziehen und Perspektiven aufzuzeigen.“*

All dies sind in der Tat Aktionsfelder einer radikalen linken Organisation, einer Partei oder Kampforganisation. Und natürlich engagieren sich antifaschistische Organisationen nicht allein gegen Faschismus, Rassismus und Krieg, sondern auch gegen andere Formen von Repression und Demokratieabbau, gegen Sexismus, soziale Ungleichheit und Ausgrenzungen, weil solche Entwicklungen nicht mit einer humanen, sozialen und demokratischen Gesellschaft vereinbar sind.

Es kann m.E. jedoch nicht die Aufgabe einer antifaschistischen Organisation sein, solche gesellschaftlichen Konflikte als Ersatz für eine – vielleicht nicht vorhandene, oder in der gewünschten Ausprägung nicht erkennbare – politische Partei angehen zu wollen. Antifaschistische Organisationen haben sich in die zentralen gesellschaftlichen Konflikte einzumischen. Sie sollten insbesondere auch solidarisch bei sozialpolitischen Auseinandersetzungen, wie z.B. betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen sein. Es wäre aber vermessen und dem Charakter der antifaschistischen Organisation abträglich, diese Auseinandersetzung im Sinne einer Partei zu führen.

Das wussten schon die Gründer der „Antifaschistischen Aktion“ Anfang der 30er Jahre, als diese die der KPD nahestehende Massenorganisation bewusst nicht als Parteiorganisation anlegten, selbst wenn sie in ihrer politischen Rhetorik sich nur unwesentlich von Verlautbarungen der KPD unterschied.

Und die Gründungsgenerationen der VVN nach 1945 legten einen enormen Wert auf die Überparteilichkeit der Organisation, indem sie in die Leitungsgremien Vertreter aller antifaschistischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen aufnahmen. Denn die Ziele einer antifaschistischen Bewegung sind nur gemeinsam mit diesen Kräften zu erreichen, nicht an Stelle dieser Strukturen.

## 2. Schlussfolgerungen aus historischen Erfahrungen für die antifaschistische Bündnispolitik

Ein Blick in die reiche Geschichte der antifaschistischen Bewegung hilft bei der politischen Orientierung auch für heute. Dabei ist es jedoch wichtig, sich mit der ganzen Breite der Erfahrungen zu beschäftigen und nicht nur mit einem Ausschnitt, wie beispielsweise



den Beschlüssen des Thälmannschen ZK, wie es in einigen Diskurszusammenhängen heute getan wird. Sicherlich findet man auch dort schon erste Ansätze zur Überwindung der verhängnisvollen „Sozialfaschismus“-These und Konzepte für eine breitere Bündnispolitik im Sinne der Arbeitereinheit. Aber wichtiger scheint mir in diesem Zusammenhang der VII. Weltkongress der KI mit seinen vielfältigen Debatten über den Faschismus an der Macht und die daraus folgenden Konsequenzen für die Zusammenarbeit verschied-

dener gesellschaftlichen Schichten zu sein. Georgi Dimitroff formulierte damals unter der Überschrift „Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus“ in seinem politischen Bericht als Konsequenz des Faschismus an der Macht, der alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich nicht seinem Diktat unterordnen, bedroht, die Priorität des Kampfes um eine „antifaschistische Volksfront“: *„Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, das die Mehrheit der Bevölkerung sogar in den industriell entwickelten Ländern bildet. ...“*

Dimitroff betonte, auch gegenüber bürgerlichen Organisationen müsse die *„Taktik unter allen Umständen darauf gerichtet sein, die ihnen angehörenden Kleinbauern, Handwerker, Gewerbetreibende usw. in die antifaschistische Volksfront hineinzuziehen.“*

Zum antifaschistischen Erfahrungsschatz gehören auch die Arbeit des Pariser Volksfrontkomitees, selbst wenn dieses Modell durch die ideologischen Konflikte der 30er Jahre negativ überlagert wurde, und der praktische bewaffnete Kampf zur Verteidigung der Spanischen Republik, das Handeln der Internationalen Brigaden gegen den faschistischen Putsch und dessen Unterstützung durch Mussolini-Italien und Hitler-Deutschland. Hier kämpften aus vielen Teilen der Welt vor allem Arbeiter verschiedener ideologischer Orientierung, linksbürgerliche Intellektuelle oder andere aufrechte Demokraten gegen den Vormarsch des Faschismus und für die Verteidigung von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie – nicht zuerst für den Sozialismus.

Und diese Perspektive erweiterte sich noch im Zusammenhang mit dem faschistischen Expansionskrieg, der sich letztlich gegen die Sowjetunion – den „jüdischen Bolschewismus“ – richtete, der aber in den ersten Etappen auch fast alle anderen europäischen Staaten erfasste. Und hier wurden Bündnispartner im antifaschistischen Kampf selbst jene Kräfte und Gruppen, die sich aus patriotischen Überzeugungen gegen die faschistische Okkupation und Unterdrückung wehrten.

Dass darunter viele waren, die einer linken politischen Überzeugung sehr fern standen, muss nicht ausgeführt werden. Auch sie waren Teil der antifaschistischen Bewegung, wenn sie bereit waren, im gemeinsamen Kampf gleichberechtigt aktiv mitzuwirken.

Ein kurzer Blick auf diese Breite der Anti-Hitler-Koalition, die weit mehr war als nur ein militärische Bündnis von Staaten unterschiedlicher politischer Orientierung mit dem gemeinsamen Ziel, der Niederwerfung der faschistischen Bedrohung, macht jedem deutlich, dass antifaschistische Bündnisse eine deutlich größere Breite haben sollten, als allein eine radikal linke Orientierung, wie es in verschiedenen Diskussionsbeiträgen immer wieder anklängt.

### 3. Antifaschistische Organisation und Bewegung

Der entscheidende Punkt antifaschistischer Organisationen ist dabei das gemeinsame Handeln für die als vordringlich angesehenen politischen Zielsetzungen: die Verhinderung des Aufkommens bzw. des Vormarsches faschistischer Kräfte und die Verteidigung der Freiheiten sowie der sozialen und demokratischen Errungenschaften des Volkes.

In diesem Sinne ist eine antifaschistische Organisation nicht der „Gralshüter“ antifaschistischer Grundaussagen, sondern sie erweist ihre Existenzberechtigung insbesondere im politischen Handeln für die antifaschistischen Ideale. Das ist übrigens ein Anspruch, den auch viele junge Antifaschisten, die auf der Suche nach einem organisatorischen Zusammenhalt sind, von einer solchen Struktur erwarten. Es geht ihnen zumeist nicht um irgendwelche

„Prinzipientreue“ oder Klarheit der Analyse, sondern sie suchen eine Plattform des solidarisches gemeinsamen Handelns. Dass sich dieses Handelns nicht im theoretisch luftleeren Raum bewegt, versteht sich dabei von selbst. Aber in den heutigen Zeiten ist das Hauptinteresse von jüngeren Menschen nicht darauf gerichtet, sich in Theoriezirkeln mit dem Zustand der Welt zu beschäftigen, sondern im praktischen Handeln etwas zur Veränderung, zur Verbesserung dieser Welt beizutragen.

Antifaschistische Organisationen müssen dieses Handlungsangebot vorhalten, wobei darunter kein sinnentleerer Aktionismus – oder kein Hinterherhecheln hinter den verschiedenen Naziprovokationen – zu verstehen ist. Neofaschistischen Aufmärschen und anderen Provokationen der extremen Rechten ist natürlich praktisch entgegenzutreten, aber darin kann sich das Handeln einer antifaschistischen Organisation nicht erschöpfen.

Für diesen Kampf benötigt die antifaschistische Bewegung Mitstreiter. Dabei gibt es aus historischer Perspektive Verbände, die sich als „originäre“ Bündnispartner der antifaschistischen Bewegung anbieten. Dazu gehören insbesondere die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften als größte Massenorganisation, aber auch die Parteien der Arbeiterbewegung, da sie als Organisation in ihrer Geschichte und heute die Antipoden jeglicher Rechtsentwicklung darstellen. Wenn wir gesellschaftlichen Einfluss für unser antifaschistisches Anliegen gewinnen wollen, müssen wir diese Organisationen in unsere Bündnisarbeit versuchen zu integrieren.

Natürlich können wir nicht übersehen, dass es innerhalb dieser Organisationen manchmal Widerstände gegen eine breite antifaschistische Bündnispolitik gibt. Aber zumeist besteht eine gemeinsame Basis, die engagierte Gewerkschaftskollegen auf den jeweiligen Gewerkschaftstagen mit einer konsequenten Beschlusslage geschaffen haben, sodass sich aktive Gewerkschafter in ihrem antifaschistischen Engagement darauf beziehen können. Man konnte in den vergangenen Jahren vielfältig erleben, wie sich engagierte Gewerkschaftskollegen als stabile Säule in der antifaschistischen Bündnisarbeit bewiesen haben.

Ein solches Bündnis muss aber – je nach politischem Anlass – auch weitere Schichten umfassen, seien es zivilgesellschaftliche Initiativen oder kirchliche Gruppierungen und Strukturen. Und eine solche Bündnispolitik muss nicht zuletzt auch die Betroffenen rassistischer oder faschistischer Gewalt und Ausgrenzung selber mobilisieren und integrieren. Denn auch breiteste antifaschistische Bündnisse können nicht stellvertretend für die Betroffenen deren Situation verändern.

Innerhalb solcher Bündnisse sollte es darum gehen, eine möglichst große Übereinstimmung in der politischen Orientierung und den möglichen Handlungsoptionen zu erzielen. Aber es ist nicht nur unrealistisch, sondern auch politisch schädlich, innerhalb eines Bündnisses ein zu hohes Maß an ideologischer Übereinstimmung durch Erklärungen oder politische Analysen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation zur Voraussetzung gemeinsamen Handelns zu machen.

Es entspricht dem Charakter von Bündnissen, dass nicht alle Partner über das gleiche Verständnis von politischer Zielrichtung oder von Radikalität des Handelns verfügen. Die Kunst der Bündnisarbeit ist es, eine möglichst breite Zusammenarbeit zu entwickeln, die allen Teilnehmenden ausreichenden Raum für eigenständiges Handeln im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung gibt. Das bedeutet zum Beispiel, dass Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche oder andere direkte Aktionen durchaus legitime Mittel sind, selbst wenn nicht alle Kräfte im Bündnis sich dieser Aktion anschließen können. Keine legitimen Aktionsformen wären dagegen gezielte gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Solche Bündnisse – insbesondere wenn sie in praktisch-politische Aktionen geführt werden – helfen zumeist auch bei der Bewusstmachung von politischen Fragen antifaschistischer Strategie, denn „jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“, wie schon Karl Marx 1875 formulierte.

#### 4. Antifaschistische Organisation als Bündnis in sich

Keine antifaschistische Organisation kann für sich einen „Monopolanspruch“ erheben. Natürlich wird jede Organisation und Gruppe ihr spezifisches Profil hervorheben. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist dabei diejenige Organisation, die qua Geschichte und Verbandstradition originär mit den Überlebenden der faschistischen Konzentrationslager und den Frauen und Männern aus dem Widerstand verbunden ist. Die VVN wurde von diesen Antifaschisten vor 70 Jahren gegründet und deren früheren Mitglieder haben die Ideale dieser Organisation in all den vergangenen Jahrzehnten in der BRD gegen alle Formen der Restaurationspolitik und Verdrängung und Verleugnung der faschistischen Verbrechen und der Eingebundenheit der deutschen Mehrheitsgesellschaft in diese Verbrechen verteidigt. Diese Organisation hat es Anfang der 70er Jahre geschafft, sich für nachgeborene Generationen zu öffnen und damit diesem Politikfeld auch für nachgeborene Generationen eine organisatorische Struktur gegeben.

Seit Ende der 70er Jahre entwickelten sich parallel dazu verschiedene autonome Organisationskonzepte, die insbesondere junge Menschen, die sich dem Gedanken des Antifaschismus verbunden fühlten, zum politischen Handeln führten.

Antifaschismus entwickelte sich seit dieser Zeit zu einem eigenständigen Handlungsfeld innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in der BRD.

Die Tatsache, dass die VVN-BdA die vergangenen sieben Jahrzehnte – trotz aller politischen, materiellen und organisatorischen Rückschläge – einigermaßen erfolgreich überstanden hat und auch heute als handlungsfähige Struktur im Antifaschismus angesehen werden kann, hat auch etwas damit zu tun, dass sie verschiedene politische Fehler und Verengungen anderer antifaschistischer Strukturen nicht mitgemacht hat.

Die VVN-BdA hat sich – trotz klarer Programmatik und theoretischer Fundierung des eigenen Anspruchs – immer offen gezeigt, für verschiedene Zugänge zu antifaschistischer Arbeit.

In den 50er und 60er Jahren galt die VVN – in den Augen des Verfassungsschutzes – als kommunistische Ersatzorganisation, weil sie aus ihren Reihen kommunistische Widerstandskämpfer selbstverständlich nicht ausschloss. Aber die VVN war auch in der Lage, in ihrer Organisation und ihren Leitungsgremien nichtkommunistische Antifaschisten in gleichberechtigter und verantwortungsvoller Position zu integrieren.

Die Aussagen des VII. Weltkongresses der KI werden in der VVN durchaus positiv rezipiert, aber sie werden nicht zur „Eintrittskarte“ für die Mitgliedschaft in der Organisation gemacht. Damit entwickelte sich die Organisation selber zu einem Bündnis unterschiedlicher politischer Zugänge zum Thema Antifaschismus, die alle gemeinsam von der Überzeugung getragen sind, dass das Vermächtnis der Häftlinge von Buchenwald und anderer Antifaschisten noch seiner politischen Umsetzung in unserer Gesellschaft bedarf.

Dass viele Mitglieder der Überzeugung sind, dass dies nur durch Überwindung der ökonomischen Strukturen kapitalistischer Ordnung möglich sein würde, ist in der VVN völlig unstrittig. Auch die Tatsache, dass Expansionismus und imperiale Hegemonie die Ursache für Kriege darstellen, wird in der VVN-BdA mehrheitlich vertreten. Aber niemand war und ist verpflichtet, für ein sozialistisches Modell (welcher Art auch immer) einzutreten, wenn er innerhalb der VVN-BdA politisch aktiv werden will.

Eine der großen Leistungen der politischen Integration war die Zusammenführung mit den antifaschistischen Verbänden in den neuen Bundesländern. Hier waren und sind viele Antifaschisten engagiert, denen mit dem Ende der DDR der politische Bezugsrahmen und ihre antifaschistische Lebensleistung beim Aufbau einer solidarischen Gesellschaft abhandengekommen war, die sich nicht damit abfinden wollten und konnten, dass der antifaschistische Grundkonsens der Gesellschaft nun offener kapitalistischer Realität geopfert worden war. Sie brachten völlig andere Kampferfahrungen und politische Sozialisationen in diese Orga-

nisation hinein, was oftmals erst in ausführlicheren Diskussionsprozessen auf ein gemeinsames Level gebracht werden konnte. Insbesondere in diesem Rahmen verwahrten sich viele dagegen, dass eine antifaschistische Organisation ideologische „Verbindlichkeiten“ formulierte, da man die problematischen Folgen nicht diskutierter „Generallinien“ durchaus noch in Erinnerung hatte.

VVN war und ist von ihrem Ansatz her eine Bündnisorganisation, in der verschiedene antifaschistische Kräfte ihren Platz haben. Und zu diesen gehören nicht zuletzt aus ihrer Leistung im antifaschistischen Handeln begründet auch die Kommunisten. In dieser Organisation ist Platz für unterschiedliche politische Orientierungen, deren einigendes Band jedoch der „Schwur von Buchenwald“ ist: Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit! Diese gemeinsame Überzeugung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte unmittelbar nach der Befreiung von Faschismus und Krieg ist Orientierung auch für heute geblieben.

Die VVN-BdA versteht sich deshalb als Bündnisorganisation, die auf einer gemeinsamen programmatischen Grundlage antifaschistische Politik macht. Diese Programmatik lässt jedoch genug Raum für unterschiedliche gesellschaftliche, politische und auch religiöse Orientierungen. Jeder, der versucht, diese Breite der Organisation durch Festlegungen einzuschränken, widerspricht im Kern der historischen Tradition der VVN und der Basis erfolgreicher antifaschistischer Arbeit.

## 5. Gibt es Essentials für eine antifaschistische Organisation?

Da Antifaschismus sehr unterschiedliche politische Zugänge hat, verbindet sich mit diesem Konzept kein geschlossenes Gesellschaftsmodell. Wenn man dennoch von einem „Zukunftsmodell Antifaschismus“ spricht, dann sollte sich dieses an den gemeinsamen Überzeu-



gungen der Nazigegner unterschiedlicher Couleur in der unmittelbaren Nachkriegszeit orientieren.

Wenn man als wesentliches Ziel formulierte, den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, verband man damit gesellschaftspolitische Vorstellungen, wie sie z.B. in der Hessischen Landesverfassung von 1946 mit der Sozialisierung der Infrastruktur, der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen ihren Niederschlag fanden.

Und wenn es im Ahlener Programm der CDU hieß, dass

der Kapitalismus den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei, wird sichtbar, wie weitgehend antikapitalistische Überzeugungen den antifaschistischen Konsens der Nachkriegszeit prägten. Dabei war die Ablehnung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen mit der Erkenntnis verbunden, dass unkontrollierte wirtschaftliche Macht unkontrollierte politische Macht bedeutet und dies in verhängnisvoller Weise zu Faschismus und Krieg, zu Zerstörung und Elend nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in allen von ihm angegriffenen Ländern geführt hat. Damit ist klar, dass antikapitalistische Überzeugungen originärer Bestandteil antifaschistischer Orientierung sind, ohne diese jedoch zur Voraussetzung für antifaschistisches Handeln zu machen.

Solche Grundprinzipien verbinden Antifaschisten heute mit dem Eintreten für unmittelbare Ziele: Sie setzen sich ein

- für die Erhaltung und die Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten,
- für die Ausweitung der politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten,
- für friedliche Konfliktlösungen insbesondere bei zwischenstaatlichen Konflikten, die abgehen von militärischer Dominanz und Durchsetzung imperialer Interessen,
- für den Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die keine rassistischen oder sozialen Ausgrenzungen zulässt und soziale Sicherungssysteme entwickelt, die allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dazu gehören das Recht auf Arbeit und Wohnung, die Verwirklichung umfassender sozialer Gerechtigkeit sowie des Rechts auf Asyl und die Hilfe für Flüchtlinge,
- für die Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand, für ein angemessenes Gedenken der Opfer des Faschismus und damit für die Entwicklung eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Zentral ist dabei nicht allein die inhaltliche Anerkennung dieser gesellschaftlichen Perspektiven, sondern das aktive Handeln für diese Ziele.

Antifaschisten haben heute auch die Verantwortung, die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes zu bewahren und weiterzugeben. Die VVN-BdA formulierte dies 2012: *„Auch wenn bald keine Angehörigen der Gründergeneration mehr in unseren Reihen stehen werden, bleibt die Weitergabe ihrer Erfahrungen, das Wachhalten der Erinnerung daran, dass antifaschistischer Widerstand möglich und notwendig war, unser spezifischer Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes. Wir werden die moralische und menschliche Autorität unserer Gründerinnen und Gründer nicht ersetzen können. Doch wir können und wollen dazu beitragen, dass nachfolgenden Generationen die Wiederholung ihrer leidvollen Erfahrungen erspart bleibt.“*

Ein solches historisches Vermächtnis prägt – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – ebenso autonome und andere antifaschistische Gruppierungen. Es gilt, im Sinne der historischen Erfahrungen einzutreten für eine soziale, demokratische, humane und friedliche Gesellschaft. *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“*

So heißt es im Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945.

Vgl. Ulrich Schneider, *Antifaschismus – Geschichte einer politischen Bewegung, basiswissen*, PapyRossa Verlag, Köln 2014

## Antifaschistische Organisation: Parteiersatz, Bewegung, Bündnis?

Thomas Willms

## Extrem rechte Massenbewegungen

„5 Millionen Deutsche: ‚Wir sollten wieder einen Führer haben‘“ lautete der Titel der berühmten Sinus-Studie über „rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen“ von 1981. Erstmals wurde mit ihr belegt, dass 13 oder mehr Prozent der westdeutschen Bevölkerung über ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ verfügten und dass darüber hinaus weitere 37% empfänglich seien für „rechtsextreme Denkinhalte“.

Zu diesem Zeitpunkt waren neofaschistische Wahlparteien in der Bundesrepublik Deutschland, denn nur auf dieses Deutschland konnte sich die 5 Millionen-Zahl beziehen, erfolglos. Die Diskrepanz zwischen Potential und tatsächlicher Mobilisierung insbesondere bei Wahlen war so erheblich, dass man die Ergebnisse dieser Studie weniger ernst nahm, als ihnen zugestanden hätte. Heute ist man klüger oder könnte es zumindest sein, denn die Kluft zwischen Potential und Mobilisierung schließt sich rasch.

Das Erscheinungsjahr 1981 liegt etwa in der Mitte zwischen der Gegenwart und dem Jahr 1945. Im Jahr der totalen Niederlage des NS-Regimes war Deutschland ganz offensichtlich das Land vormaliger Nazis und ihrer Mitläufer. Und die Nazigeegner und Verfolgte des Nazi-regimes – selbst eine kleine Minderheit – waren in der BRD schon bald damit konfrontiert, dass in Polizei, Justiz, Universitäten, Wirtschaft und anderen gesellschaftliche Schaltstellen wieder altes Führungspersonal das Sagen bekam.

Bei allen negativen Auswirkungen, die das spezielle „Personal“ der frühen Bundesrepublik auf die politische Entwicklung hatte, war ihr Ziel im Allgemeinen doch nicht die Wiedererrichtung eines faschistischen Staates. Sie fanden zwar immer noch viel Gefallen an den alten Zeiten, arrangierten sich aber mit dem prosperierenden Projekt Bundesrepublik Deutschland.

Davon zu unterscheiden war die „nationale Opposition“, die Verbände der „Unverbesserlichen“ und „Unbelehrbaren“. Zielgruppenspezifisch und auf verschiedenen Handlungsfeldern sind sie seit 1945, die eben keine „Stunde

Null“ war, aktiv. Einige ihrer wichtigen Aktionsfelder, mit denen sie in den 1950er Jahren erheblichen Einfluss ausübten, sind mittlerweile ganz oder teilweise abgearbeitet: die Agitation für die Wiedereinstellung NS-belasteter Beamter, die Formierung von Traditionsverbänden der Wehrmacht und der SS (HIAG), die antikommunistische Agitation, das Agitieren speziell der Ost-Vertriebenen und insbesondere die Rückgewinnung des DDR-Territoriums. Spätestens Mitte der 1960er Jahre wurde allerdings deutlich, dass die nationale Opposition kein Rest- oder Nachfolgeprojekt einer aussterbenden „Erlebnis-Generation“ war, sondern sich im Gegenteil aus den nachwachsenden Generationen zu rekrutieren begann. Bereits bei



der von ihrer Gründung 1964 bis 1969 sehr erfolgreichen NPD, die noch im Wesentlichen ein Sammlungsprojekt alter NS-Anhänger war, zeigten sich auch junge Gesichter. Trotzdem waren die 1960er Jahre die Zeit, in der das extrem rechte Einstellungspotential erstmalig erheblich zurückging und eine antifaschistische, zumindest nicht-faschistische Grundeinstellung in der jungen Generation mehrheitsfähig wurde. Dies war die Grundlage dafür, dass eine massive Gegenbewegung verhindern konnte, dass die NPD 1969 in den Bundestag einzog, was ihren weitgehenden Zerfall einleitete.

Für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik war dies von großer Bedeutung, woran man sich heute unbedingt wieder erinnern sollte. Es war die Niederlage der NPD, die eine Zeit des relativen gesellschaftlichen Fortschritts, von mehr sozialer Gerechtigkeit und Freiheit einleitete.

Dass sich die VVN 1971 zum „Bund der Antifaschisten“ erweiterte, hing unmittelbar mit diesen Entwicklungen zusammen. Im Gegensatz zu allen anderen Verfolgtenverbänden in Ost- und Westeuropa suchten die ehemals Verfolgten in Deutschland den organisierten und organisatorischen Schulterschluss mit jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Der Generationswechsel im Neofaschismus in den 1970er Jahren zeigte sich endgültig bei den Spaltprodukten der NPD in den 1970er Jahren. Junge Funktionäre und Aktivisten begannen damit, an den alten Zielen mit zeitgemäßen Begriffen, Organisations- und Ausdrucksformen zu arbeiten. Es entstanden offen gewaltbereite bis terroristischer Gruppen, aber auch solche, die ganz bewusst darauf abzielten, die „antiimperialistische“, die Öko- und die Friedensbewegung mit nationalistischen und teils rassistischen Argumentationssträngen zu durchziehen.

Mit den „Republikanern“ und zeitweise mit der DVU setzte zudem in den 1980er Jahren eine seitdem nicht mehr endende dritte Welle parlamentarischer Repräsentanz (nach der SRP in den 1950ern und der NPD in den 1960ern) ein.

Mit den Jahren 1989/1990 gingen zwei Herzenswünsche des Neofaschismus in Erfüllung: das Ende des sozialistischen Gesellschaftsexperiments in der DDR und die Wiedervereinigung von West- und – wie man das Gebiet der neuen Bundesländer aus rechter Perspektive nennt – „Mittel-Deutschland“.

Was bedeute die Wiedervereinigung aber für die Grundaussage der Sinus-Studie? Eine Fülle von Untersuchungen seit dem Zusammenschluss von Ost- und Westdeutschland zeigen mit unlegbarer Deutlichkeit im Prinzip immer wieder dasselbe Ergebnis: 15 bis 20% der Deutschen verfügen über ein geschlossen extrem rechtes Weltbild, wobei die neuen Bundesländer prozentual deutlich vorne liegen.

Mit den 17 Millionen Deutschen aus der DDR erhöhte sich also das zahlenmäßige Potential des deutschen Neofaschismus nicht nur in absoluten, sondern auch in relativen Zahlen.

Dies wurde Anfang der 1990er Jahre zuerst auf der Straße offenkundig. Eine Welle rassistischer Gewalt überzog zwar ganz Deutschland, fand aber mit dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992 seinen Höhepunkt nicht zufällig in Ostdeutschland. Daran anknüpfend

fand der Wiederaufstieg der NPD ab Mitte der 90er Jahre eben dort statt, wobei Sachsen und hier wiederum Dresden das Zentrum bildete.

Die NPD strebte seit Mitte der 1990er ganz offen danach, die Aktivitäten auf den verschiedenen Handlungsfeldern zu bündeln. Man wollte nicht nur den „Kampf um die Parlamente“, sondern auch den „um die Straße“, „um die Köpfe“ und den „organisierten Willen“, also die Integration offen gewaltbereiter Gruppen, führen. Ausgerechnet in



Deutschland begann sich damit eine neo-nationalsozialistische Partei und nicht wie in vielen anderen europäischen Staaten eine zumindest verbal weichgespülte Variante politisch durchzusetzen.

Den Kampf gegen die NPD, genauer für das Verbot der NPD, machte die VVN-BdA deshalb insbesondere in den Jahren 2007 – 2009 zum Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Unter dem Slogan „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ sammelte sie 175.000 Unterschriften und führte zahlreiche andere Aktivitäten durch.

Aber auch der NPD gelang es noch nicht, das neofaschistische Wähler- und Handlungspotential voll auszuschöpfen, denn sie erschien vielen als zu sehr mit dem Stigma der NS-Vergangenheit belastet.

Das Potenzial umfasste ein breites rechtes Spektrum von gewalttätigen Strukturen, die in den NSU-Morden mündeten, geschichtsrevisionistische Mobilisierung gegen „Wehrmachtausstellung“ und „alliierten Bombenterror“ (13. Februar 1945 Dresden), „rechtspopulistische“ Kleinparteien bis hin zu Ideologieprojekten, wie die Zeitung „Junge Freiheit“, die besonders in akademische und konservative Kreise hineinwirkt.

Ausgehend von den Erfahrungen ähnlicher Projekte in anderen europäischen Ländern (besonders in Österreich, Niederlande, Belgien und Frankreich) gründete 2013 eine kleine Gruppe von Angehörigen der gesellschaftlichen „Elite“ die Partei „Alternative für Deutschland“. Die AfD ist dabei sowohl Teil, Ausdruck als auch Motor einer breiter zu fassenden „Bewegung“ von rechts. Das Verhältnis der AfD zur Bewegung ist nicht ohne strukturelle Spannungen. Will man die bestehenden Verhältnisse nur im Rahmen des Bestehenden „korrigieren“ oder aber „grundsätzlich“ ändern? Aus Sicht des noch weiter nach rechts drängenden Flügels der AfD sieht die Strategie mit den Worten des sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider wie folgt aus: „Die großen Demonstrationen in Dresden, in Erfurt, in anderen Städten, die Bücher von Thilo Sarrazin, Akif Pirinçci und von anderen, die Identitäre Bewegung und die vielen Widerstandsnetzwerke überall im Land und die AfD, wir alle sind Teil einer großen Bewegung zum Schutz unserer Identität, zum Schutz unseres Reichtums und zum Schutz unserer Freiheit. Jeder von uns kämpft auf seinem Feld auf seine Weise, alle aber sollten sich als genau die Verbündeten verstehen, die sie durch ihre Neigung schon sind ... Reichen wir uns also die Hand ...“ (Dresden, 09.05.2016 bei seinem Auftritt bei „Pegida“)

Der offene Kampf darüber, ob es in Deutschland „normal“ sein darf, Rassismus und Nationalismus offen zu äußern und zu vertreten, tritt genau zu dem Zeitpunkt in eine neue Phase, in der die Generation der antifaschistischen Zeitzeugen nicht mehr selbst eingreifen kann. Die Auseinandersetzung findet überall statt, wo Menschen sich austauschen: in den Parlamenten, in den Medien, an den Hochschulen, in den Betrieben, in Vereinen und zunehmend in den „Sozialen Medien“ im Internet.

Um dieser neuen und quantitativ ungleich größeren Bedrohung gerecht zu werden, rief die VVN-BdA 2015 zusammen mit Bündnispartnern die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ ins Leben. Ihr Ziel ist die Wiederrichtung der „roten Linie“ gegen Rassismus, Nationalismus und Demokratiefeindschaft.

Sie will nicht nur mit den klassischen Mitteln Demonstrationen, Blockaden, Mahnwachen, Flyer-Verteilung usw. arbeiten, sondern die Auseinandersetzung an den „Stammtischen“, d.h. an allen sozialen Orten, an denen der Kulturkampf stattfindet, aufnehmen. Die massenhafte Ausbildung von Stammtischkämpfer\*innen ist deshalb eines ihrer zentralen Ziele.

## Extrem rechte Massenbewegungen

Ulli Sander

## Antifaschismus ist Friedenspolitik – die VVN in der Friedensbewegung

Zwei Aussagen standen seit Beginn der antifaschistischen Bewegung der Nachkriegszeit in ihrem Zentrum. Das war die Losung vom „Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit“ im Schwur von Buchenwald vom April 1945. Und dann vier Monate später die Festlegung der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“

Die nachhaltige und dauerhafte Entmilitarisierung Deutschlands – diese Forderung, die mit den leidvollen Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen einherging, bedeutete nicht allein die militärische Demobilisierung, sondern auch die die Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens, das durch militärische Erziehung, durch Militarisierung der Arbeit und Strukturen des „Befehl und Gehorsams“ in der Verwaltung geprägt war.

Die antifaschistische Bewegung, ab 1947 zum großen Teil organisiert in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, war stets ein Teil der Weltfriedensbewegung und zugleich eine speziell der deutschen Verantwortung verpflichtete Bewegung: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Das war die überwältigende Mehrheitsmeinung in allen Zonen des ehemaligen Reiches.

„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen,“ rief der CSU-Politiker und spätere Bundeswehrminister Franz Josef Strauß 1949 bei einer Wahlkundgebung. Es kam zur Spaltung Deutschlands und zum Kalten Krieg gegen den Osten. Und Politiker wie Strauß betrieben beidhändig die Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Die Friedensbewegung und mit ihr die VVN hielten dagegen. Die Forderung nach Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und nach Verbot jeder deutschen Aufrüstung musste mit dem Preis der erneuten Verfolgung von Antifaschisten bezahlt werden. Wegen der konsequenten Befolgung des „Ohne uns“ und der Gewinnung von Millionen Unterschriften unter den Stockholmer Appel gegen die Atomrüstung wurde mit einem Blitzgesetz die Ausschaltung linker und demokratischer Bewegungen, auch der VVN, aus dem Öffentlichen Dienst betrieben. Ein 131er Gesetz hingegen sorgte für die Wiedereinstellung von Nazis in den Behörden – und vor allem in den Stäben und Truppenteilen der Bundeswehr.

Die VVN unterstützte in den 50er Jahren die Paulskirchenbewegung und „Kampf dem Atomtod“ mit deren hunderttausenden Mitstreitern aus der Linken, aus Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Nachdem



die SPD auf Nato-Kurs gegangen war, organisierten Antifaschisten die Ostermärsche mit und machten aus ihnen bis heute ein wichtiges Instrument des Friedenskampfs. Jedoch auf einem Sektor hatte die VVN beinahe das Alleinstellungsmerkmal: Bei der Verbindung von Antifaschismus und Antimilitarismus in der täglichen Praxis. Eine Bundeswehr unter Führung von Nazigenerälen, die auf die Offensive gen Osten aus waren – nun an der Seite des Westens – wurde immer wieder in den Blick genommen und entlarvt, wie auch die enge Freundschaft von neuem Militär und alter SS - eingebunden in der SS-Traditionsvereinigung HIAG – und die Verehrung der alten Mördertruppen z.B. der Gebirgstruppe.

Dies z.T. mittels Demonstrationen von beachtlicher Stärke. Im Januar 1958 hatte die Vereinigung ein Flugblatt „Aufrüstung führt zum Krieg“ mit der Vorstandserklärung verbreitet, in der es hieß, „daß die ehemaligen Hitler-Generale und SS-Führer innerhalb der Bundeswehr Atom- und Raketenwaffen fordern“ und die von „den Militärs geforderte Ablehnung einer atomwaffenfreien Zone durch die Bundesregierung“ befolgt wurde.

Nachdem die Entspannungspolitik Willy Brandts mit Hilfe breiter Friedensbewegungen Erfolg hatte, gab die VVN die Losung heraus: Und nun auch militärische Entspannung! Abrüstung! Schon am Antikriegstag 1. September im Jahr 1974 hatte das Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten den „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Friedens“ vorgelegt, der sich als Umsetzung des Artikels 26 Grundgesetz verstand. Ein Entwurf, der verdient, auf Wiedervorlage gelegt zu werden. Wieder vorgelegt werden muss nun auch die von der Generalität bei der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages gemachte Drohung, im Falle eines europäischen Militärbündnisses wieder auf eigenen Atomwaffen zu bestehen.

Im Kampf gegen Nachrüstung mittels neuen Mittelstreckenraketen entwickelte sich Anfang der 80er Jahre die größte Friedensbewegung der Republik. Vor hunderttausenden Demonstranten des „Krefelder Appells“ in Bonn sprachen Etty Gingold und weitere VVN-Repräsentant/innen.

Nach der „Wende“ von 1990 gab es keine Friedensdividende, sondern neue Kriege.

Zunächst bekannte Kanzler Helmut Kohl noch im Jahr 1964: Die Bundeswehr habe dort nichts zu suchen, wo die Wehrmacht blutigen Terror ausgeübt habe. Doch dann diente eine „neue Art der Auschwitzlüge“ als Kriegs begründung gegen die angeblichen heutigen „Hitler“. VVN-Redner und Auschwitzüberlebende wie Peter Gingold und Kurt Goldstein hielten dagegen, und zwar in einer ganzseitigen Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“.

Die erschreckenden weltweiten Kriegsszenarien von Heute verstellen vielfach den Blick auf Ansatzmöglichkeiten für die derzeitige deutsche Friedensbewegung. In dieser Situation ist der Blick auf unsere deutsche Verantwortung vor der Geschichte zu richten: Abrüstung und kein Krieg von deutschem Boden aus, kein Ramstein, kein Kalkar, keine Speerspitze im Münsterland. Zutreffend die VVN-BdA-Losung mit Blick auf den Hauptfeind im eigenen Land: „Deutsche Großmachtträume platzen lassen“.



---

Ulrich Schneider

## Antifaschismus ist Internationalismus

Ein Kennzeichen faschistischer Bewegungen ist ein extremer Nationalismus bzw. Chauvinismus und die damit verbundene Überhöhung der jeweiligen dazu gehörenden Bevölkerung, die man – rassistisch oder chauvinistisch begründet – als prioritär gegenüber anderen Bevölkerungsteilen erklärt. Von daher ergibt es sich von selbst, dass Antifaschismus als Gegenbewegung sich allen solchen Formen von Nationalismus widersetzt. Damit ist Antifaschismus vom Grundansatz her antinational oder richtiger internationalistisch angelegt. Dies entspricht auch den historischen Erfahrungen der antifaschistischen Bewegungen in den verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern. Antifaschisten bekämpften die faschistischen Bewegungen auch wegen ihrer nationalistischen Grundpositionen, die in vielfacher Form expansionistischer Politik und Kriegsvorbereitungen dienten. Gleichzeitig erfuhren die Antifaschisten, die aus Gründen politischer Verfolgung ins Exil fliehen mussten, dort politische und praktische Solidarität von antifaschistischen Kräften der aufnehmenden Länder. Diese Erfahrung sammelten zuerst die Antifaschisten Bulgariens und Italiens. Aber auch die deutschen Gegner der faschistischen Bewegung konnten nach 1933 auf diese Unterstützung in den verschiedenen Ländern zählen. Besonders tat sich dabei die tschechoslowakische Republik hervor, aber auch die Antifaschisten in Frankreich, Belgien und den Niederlanden halfen den deutschen Verfolgten, solange die eigenen Regierungen sich eher zögerlich zeigten.

Zu dieser internationalen Solidarität gehörte andererseits, dass sich die verfolgten Antifaschisten in den Ländern des Exils nicht zurückzogen, sondern aktiv in politische Auseinandersetzungen eingriffen und den Kampf gegen die jeweiligen faschistischen Bedrohungen unterstützten. Am deutlichsten wurde dieser aktive Einsatz gegen den faschistischen Vormarsch in Europa bei der solidarischen Hilfe für die spanische Republik gegen den franco-faschistischen Putsch.

Aus vielen Ländern Europas und selbst vom amerikanischen Kontinent kamen Freiwillige, die in den Reihen der Internationalen Brigaden der Republik zu Hilfe eilen wollten. Diese Haltung im Spanischen Bürgerkrieg ist vollkommen zu Recht ein Ruhmesblatt des antifaschistischen Internationalismus. Diese Antifaschisten eilten der Republik nicht uneigennützig zu Hilfe, sondern weil sie wussten, dass sie an dieser Front nicht nur den Vormarsch der Franco-Faschisten stoppen könnten, sondern weil sie damit allen faschistischen Staaten und Kräften eine Niederlage beibringen wollten. Dass dieser Kampf 1939 verloren ging, zeigte die realen Kräfteverhältnisse in Europa, das wenige Wochen später mit dem faschistischen Überfall auf Polen in den großen, den Zweiten Weltkrieg hineinging.

Aber nicht nur in dieser „offenen Feldschlacht“ in Spanien, auch in den Reihen der Partisanenverbände zeigte sich dieser Internationalismus. Ob aus der Sowjetunion, der Slowakei, aus Jugoslawien, Griechenland, Belgien oder Frankreich – aus all diesen Ländern gibt es Berichte, dass Antifaschisten verschiedener Nationalitäten Seite an Seite für die Befreiung der okkupierten Länder und die militärische Niederlage des deutschen Faschismus kämpften. Und sie kämpften einerseits an der Seite von patriotischen Gruppen, die in erster Linie ihr Land von faschistischen Okkupanten befreien wollten, und andererseits von überzeugten Internationalisten, die den Kampf gegen die Faschisten mit der Vision einer gerechteren, einer solidarischeren Gesellschaft verbanden.

Aus diesen Erfahrungen waren es die Antifaschisten, die im Deutschland nach der Befreiung von Faschismus und Krieg, die von den militärischen Kräften der Alliierten durchgesetzt werden musste, dafür glaubwürdig eintreten konnten, dass auch von der deutschen Bevölkerung ein Aufbau einer „neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ möglich würde. Und

auch das war ein Teil internationalistischer Arbeit, einen Beitrag dafür zu leisten, dass von Deutschland nie wieder Krieg und Faschismus ausgehen würde.

Ein sichtbares Zeichen für diese internationalistische Orientierung waren die zahlreichen Zeichen der politischen Solidarität mit den fortschrittlichen Bewegungen der Welt – insbesondere dann, wenn ihre Existenz durch reaktionäre Kräfte bedroht war oder ist. Neben vielen anderen Beispielen sollen hier nur exemplarisch die breiten Aktivitäten von Antifaschisten zur Unterstützung der griechischen Demokraten nach dem Putsch und in der Zeit des Obristen-Regimes von 1967 bis 1974 erwähnt werden sowie die weltweite Solidaritätsbewegung mit den verfolgten Anhängern des 1973 durch einen Militärputsch gestürzten chilenischen Präsidenten Salvador Allende. Bei dieser Solidarität verbanden sich verschiedene Perspektiven des antifaschistischen Kampfes. Das war einmal das Eintreten für die Legitimität der gesellschaftspolitischen Veränderung, so wie sie es die „Unidad Popular“, die sozialistische Regierung Chiles in den Jahren ihrer Existenz versucht hatte. Das war zweitens eine klare Kritik an der imperialistischen Politik der US-Administration, die mit Hilfe von CIA und Konzernbetrieben den Putsch überhaupt erst ermöglicht hatte. Und es war drittens die praktische Hilfe für diejenigen politischen Flüchtlinge, die es bis nach Europa geschafft hatten. Gemeinsam mit ihnen organisierte man großartige Manifestationen der internationalen Solidarität mit chilenischen Musikgruppen wie Inti-Illimani oder Quilapayun. Diese internationale Solidarität wurde zu einer Basis der demokratischen Bewegung in unserem Land.

Solch Internationalismus beweist sich jedoch nicht nur in Solidaritätsbewegungen mit den Verfolgten dieser Welt, sondern auch im alltäglichen Kampf gegen den gemeinsamen politischen Gegner. Wenn man bedenkt, dass – trotz aller nationalistischen Töne – auch die extreme Rechte, die offen faschistischen Kräfte oder die Rechtspopulisten, sich durchaus international vernetzt, dann kommt es darauf an, den Widerstand dagegen ebenfalls international zu führen. Erinnert sei an dieser Stelle an den ersten Versuch der islamophoben Kräfte von Pro-Köln gemeinsam mit den belgischen und französischen extremen Rechten einen „Anti-Islam“-Kongress in Köln durchzuführen. Unter den 40.000 Gegendemonstranten waren Abordnungen aus Belgien und den Niederlanden und es wurde eine Ansprache des belgischen FIR-Präsidenten verlesen, der diese Aktion unterstützte.

Ein Gleiches konnte man erleben, als extrem rechte Kräfte und Geschichtsrevisionismus aus verschiedenen Teilen Europas den jährlichen Aufmarsch der Neonazis zum 13. Februar (Tag der Bombardierung Dresdens) mit ihrer Anwesenheit zu einem europäischen Aufmarschtermin versuchten zu etablieren. Hier waren es Antifaschisten aus den anliegenden Staaten, aber selbst aus Großbritannien und den Niederlanden, die den Protest deutscher Antifaschisten, ihre Blockaden und anderen demonstrativen Aktionen unterstützten. Diese Internationalisierung der Protestbewegung verstärkte den politischen Druck auf die städtischen Gremien, sich deutlicher gegen diesen Aufmarsch zu positionieren.

Und wie wir solche Solidarität für unsere politische Arbeit gerne annehmen, so versuchen Antifaschisten aus unserem Land diese politische Solidarität gegen Geschichtsrevisionismus und SS-Verherrlichung auch Antifaschisten anderer Länder zukommen zu lassen. Seit einigen Jahren versuchen nicht nur deutsche Antifaschisten die lettischen Antifaschisten in ihren Protesten gegen die jährlichen Aufmärsche der SS-Veteranen am 18. März in Riga zu unterstützen. Dass sie sich dabei nicht nur der Neonazis erwehren müssen, sondern auch gegen die staatliche Politik, die solche Proteste als politisch unerwünscht sogar mit Ausweisungen und Einreiseverboten beantwortet, macht deutlich, dass antifaschistischer Internationalismus sich oftmals auch gegenüber staatlichen Stellen bewähren muss.

Und diese Perspektive zeigt sich in einem aktuellen Handlungsfeld von antifaschistischem Internationalismus, nämlich der Solidarität mit Menschen, die sich vor Terrorherrschaft und insbesondere Krieg in den arabischen Staaten auf die Flucht nach Europa begeben haben. Diese Flüchtlinge sind sicherlich nur ganz selten politisch bewusste Gegner der jeweiligen Regime. Es sind zumeist Menschen, die um ihre nackte Existenz kämpfen, die – für ihre

---

Familien – nach Europa geschickt werden, um die Möglichkeiten einer friedlichen Existenz auszuloten. Diesen Menschen gegenüber gilt es ebenfalls unseren antifaschistischen Internationalismus zu beweisen. Wir müssen dafür eintreten, dass sie nicht durch die Schließung der Grenzen der „Festung Europas“ in den Tod oder die Hände von kriminellen Schleppern getrieben werden. Wir müssen dafür eintreten, dass alle hier Angekommenen angemessen und menschenwürdig versorgt und untergebracht werden.

Jeder Versuch, eine soziale Spaltung zwischen den Flüchtlingen und den sozial Deklassierten unserer eigenen Gesellschaft herzustellen, muss mit Hinweis auf den wirtschaftlichen Reichtum unserer Gesellschaft zurückgewiesen werden. Antifaschistischer Internationalismus beweist sich in der Flüchtlingsfrage dort, wo er verhindert, dass nationalistische und rassistische Ressentiments zu einer zunehmenden sozialen Segregation der Gesellschaft führen. Antifaschistische Solidarität ist vorbehaltlos und fordert nicht von den Flüchtlingen, dass sie einem bestimmten Gesellschaftsbild zu entsprechen haben, bevor man ihnen hilft. Die Grundlage der internationalistischen Arbeit der VVN-BdA findet sich in dem Organisationszusammenhang der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), einer Dachorganisation von Verbänden ehemaliger Partisanen, Deportierter, Internierter, Angehörigen der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition, ihrer Familienangehörigen und heutiger Antifaschisten. Die FIR hat Mitgliedsverbände in fast allen europäischen Ländern und Israel, sowie Partner in anderen Teilen der Welt. Die VVN-BdA ist seit der Gründung dieser Organisation 1951 Mitglied in der FIR.

Das bedeutet aber auf der anderen Seite auch, dass solche internationale Arbeit die jeweiligen nationalen Spezifika der Existenzbedingungen der verschiedenen Mitgliedsverbände berücksichtigen muss. Trotz der antifaschistischen Grundüberzeugung bedeutet das nicht, dass die jeweiligen Positionen der Verbände zu aktuellen politischen Fragestellungen übereinstimmen müssen. Im Umgang mit den jeweiligen Verbänden gilt es, einen sensiblen, man könnte auch sagen diplomatischen Umgang auf der Basis der gemeinsamen demokratischen und antifaschistischen Überzeugungen miteinander zu pflegen, ohne die jeweils eigene Position zu verabsolutieren. Niemand muss seine inhaltlichen Vorstellungen aufgeben, er sollte aber auch nicht erzwungen wollen, dass andere Verbände ihre Positionen revidieren müssen. Das ist manchmal eine Gradwanderung, aber der Ertrag der gemeinsamen Arbeit zeigt, dass es sich lohnt, für diese Gemeinsamkeit einzutreten.

So gelang es in den vergangenen Jahren im Rahmen der FIR eindrucksvolle Projekte erfolgreich umzusetzen, die einen großen Wert – auch für die Arbeit der VVN-BdA – hatten und weiterhin haben.

Zu nennen wären unter anderem die internationalen Jugendtreffen in den Gedenkstätten Buchenwald und Auschwitz unter dem Titel „Zug der 1000“. Hier besuchten Jugendliche aus vielen europäischen Ländern in klarer antifaschistischer Orientierung die Gedenkstätten der faschistischen Verfolgung und sie erfuhren – teilweise noch von Zeitzeugen – welche Haltung die Antifaschisten damals an den Tag gelegt haben. Zu diesen Projekten gehört die bislang einmalige „Landkarte der Lager und Haftstätten in Mitteleuropa“, die sich als Material in der antifaschistischen Jugendbildung außerordentlich bewährt hat. Und dazu gehört die Entwicklung, Gestaltung und Produktion einer umfassenden Ausstellung über den „Europäischen Widerstand gegen den Nazismus“, die seit drei Jahren mit großer Resonanz durch verschiedene europäische Städte unterwegs ist. Diese drei Projektbereiche, die insbesondere auf junge Menschen orientieren, konnten wir gemeinsam mit dem belgischen „Institut des Vétérans“ entwickeln.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass Internationalismus nicht nur eine Haltung, eine Überzeugung ist, sondern auch ganz konkrete Ergebnisse für die eigene antifaschistische Arbeit bringen kann.

## Der Schwur von Buchenwald

Am 19. April 1945 fand die Trauerkundgebung für die Toten von Buchenwald statt. Ein großes Ehrenmal war auf dem Appellplatz errichtet. Die Blocks und Baracken waren mit Fahnen und Transparenten geschmückt. Die Fahnen fast aller Nationen wehten im Winde und zeigten, daß die Völker auch friedlich nebeneinander leben können. Unter den Klängen ihrer Nationallieder marschierten die Nationen auf. Russen, Polen, Tschechen, Slowaken, Jugoslawen, Österreicher, Ungarn, Rumänen, Engländer, Deutsche, Franzosen, Italiener, Spanier, Belgier, Holländer und Luxemburger.

Unter den Klängen der „Internationale“ marschierten die gemischten Blocks auf. 21.000 marschierten zum Gedächtnis für 56.000 tote Kameraden. Die Fahnen wurden vor dem Ehrenmal aufgestellt und neigten sich zum Gruß.

Der Vorsitzende des Internationalen Lagerkomitees, Walter Bartel, eröffnete die Kundgebung. Mit entblößtem Haupt gedachten wir der Toten. Dann verlassen Mitglieder des Internationalen Komitees – jeder in seiner Sprache – den Aufruf:

**„Kameraden! Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazi-Bestie und ihren Helfershelfern ermordeten 51.000 Gefangenen!**

**51.000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt.**

**51.000 Väter-Brüder-Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.**

**51.000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an!**

**Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialität, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.**

**Wenn uns eins am Leben hielt, dann war es der Gedanke: Es kommt der Tag der Rache! Heute sind wir frei!**

**Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt den Frieden und das Leben erkämpfen.**

**Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiators des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt F. D. Roosevelt. Ehre seinem Andenken!**

**Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.**

**Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muß unser sein!**

**Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!**

**Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!**

**Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.**

**Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: ,WIR SCHWÖREN!'**

**21.000 Männer strecken die Hand zum Himmel und sprachen: ,Wir schwören!'**



**Der Kommandant des Lagers, der amerikanische Major Shmuhl, trat ans Mikrophon und würdigte die Opfer des Hitler-Terrors. Er ehrte sie als Kämpfer gegen den Faschismus und sprach seine Bewunderung darüber aus, daß Insassen des Lagers Buchenwald in geschlossener internationaler Solidarität den Kampf gegen ihre Peiniger und Unterdrücker im Lager geführt haben.“**

*Anmerkungen*

*Die damals angenommene Totenzahl betrug 51.000.*

*Präsident Roosevelt verstarb am 4. April 1945.*

# Appell an die Jugend

von Esther Bejarano und Peter Gingold

Nehmt es wahr, nehmt wenigstens ihr es wahr, was von Euren Vorfahren meistens verdrängt, auch diskriminiert und verleugnet wurde: Das Bedeutsamste und Kostbarste aus deutscher Geschichte ist und bleibt der antifaschistische Widerstand.

Zumeist waren es einfache Frauen und Männer, vorwiegend aus der Arbeiterbewegung, in der Mehrzahl Jugendliche, die gegen Hitler und den Krieg kämpften. Nicht erst, als offenkundig wurde, daß Hitler den Krieg verliert, sondern von 1933 an! Den Krieg wollten sie verhindern, den jüdischen Menschen, den Völkern Europas und dem eigenen Volk das unermeßliche Leid ersparen, das der Nazifaschismus letztlich über sie brachte. Dafür riskierten



sie alles, ihre Existenz, ihre Freiheit und ihr Leben, nahmen Konzentrationslager und Folter in Kauf. Vergeßt deshalb nie! Ihnen ist es zu verdanken, daß der Name unseres Landes nicht ausschließlich mit Schande und Ehrlosigkeit besudelt wurde.

Wir, die Überlebenden, haben vor 50 Jahren die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«, die VVN gegründet. Unterschied-

lich in unseren politischen und weltanschaulichen Auffassungen, sowie in unserer sozialen Herkunft, waren wir gemeinsam im Widerstand und verfolgt. So haben wir auch gemeinsam die VVN gegründet, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Juden und Christen. Wir haben überlebt mit einem einzigen Gedanken: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Es galt das Vermächtnis der Millionen Toten der faschistischen Massenvernichtung zu bewahren, die die Befreiung am 8. Mai nicht erleben konnten.

Der Nazihölle entronnen, dem sogenannten »Tausendjährigen Reich«, das für uns tatsächlich wie tausend Jahre war, jede Stunde, jeden Tag den Tod vor den Augen. Diese entsetzliche Zeit hinter uns, träumten wir von einem künftigen Leben ohne Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus.

Wir wollten, daß unsere unmenschlichen Erfahrungen eine Warnung für die Nachwelt sein würden.

Wir träumten von einem Leben in sozialer Gerechtigkeit, in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern.

Wir träumten, daß nun für alle Zeiten unsere Kinder und Kindeskiner sich der Sonne, der Blumen, der Liebe erfreuen können, ohne in Angst vor Faschismus und Krieg leben zu müssen. Nach der Befreiung war es für uns, die Überlebenden, unvorstellbar, daß fast nichts von unseren Visionen und Hoffnungen in Erfüllung gehen würde.

Unfaßbar für uns, wie reibungslos sich der Übergang vom Nazireich in die Bundesrepublik vollzog. Daß ehemalige hohe Nazifunktionäre entscheidende Positionen in Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Hochschulen, Medizin, im Geheimdienst und Militär einnahmen, und damit jahrzehntelang wesentlich das Klima der Politik und die prägenden Geburtsjahre dieser Republik bestimmten. Kriegsverbrecher, selten belangt und wenn, dann schonend behandelt, erhalten bis heute Opferrenten, während ganze Gruppen von Verfolgten

des Naziregimes, u.a. ehemalige Zwangsarbeiter, immer noch ohne Entschädigung bleiben. Ganz zu schweigen von dem diskriminierenden Umgang mit Wehrmachtsdeserteuren die sich verweigerten, einem verbrecherischen Krieg zu dienen.

1945 war es für uns unvorstellbar, daß Ihr, die Nachgeborenen, erneut konfrontiert sein würdet mit Nazismus, Rassismus, einem wieder auflebenden Nationalismus und Militarismus. Und nun noch die ungeheure Massenarbeitslosigkeit, die immer größer werdende Kluft zwischen arm und reich, die katastrophale Zerstörung der Umwelt. Immer mehr junge Menschen leben in Zukunftsängsten.

Wir hoffen auf Euch. Auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die nicht kapituliert, die sich nicht dem Zeitgeist anpaßt, die ihm zu trotzen versteht, und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verloren gegangen ist.

Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam gegen alles, das wieder zu einer ähnlich braunen Barbarei führen könnte; eine Jugend, die nicht wegsieht, wo Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag, eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt. Wir glauben, daß dafür Eure Herzen brennen können, daß Euer Gewissen nicht ruhen wird.

Laßt Euch nicht wegnehmen, was Ihr noch an demokratischen und sozialen Errungenschaften vorfindet. Laßt sie nicht weiter abbauen! Von keinem Regierenden sind sie Euch geschenkt worden:

Es sind vor allem die Errungenschaften des antifaschistischen Widerstandes, der Niederbringung des Nazifaschismus. Verteidigt, was Ihr noch habt, verteidigt es mit Klauen und Zähnen!

Es verlangt nur etwas Zivilcourage, nicht einmal besonderen Mut. Ihr riskiert nicht das Leben, nichts was dem antifaschistischen Widerstand vergleichbar wäre. Und vergeßt nicht: Der Internationalismus und die Solidarität mit den Benachteiligten und Ausgegrenzten sind unentbehrlich in diesem Kampf. Knüpft dieses Band immer fester, macht es unzerreißbar! Reiht Euch auch ein in die Kampfgemeinschaft VVN-Bund der Antifaschisten, der organisierte Ausdruck des kollektiven Gedächtnisses an Widerstand und Verfolgung. Sie braucht Euch! In absehbarer Zeit wird es keine Zeitzeugen des schrecklichsten Abschnitts deutscher Geschichte mehr geben. Laßt das Vermächtnis des Widerstandes nicht in Vergessenheit versinken, den Schwur von Buchenwald: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!«

Übernehmt Ihr nun diesen immer noch zu erfüllenden Auftrag: ein gesichertes menschenwürdiges Leben im friedlichen Nebeneinander mit den Völkern der Welt! Sorgt dafür, daß aus der Bundesrepublik ein dauerhaftes, antifaschistisches, humanes, freiheitliches Gemeinwesen wird, in dem einem Wiederaufflammen des Nazismus, nationalem Größenwahn und rassistischen Vorurteilen keinen Raum mehr gegeben wird.

Wir vertrauen auf die Jugend, wir bauen auf die Jugend, auf Euch!

*Vorgetragen im März 1997, anlässlich des 50. Gründungsjubiläums der VVN-BdA.*

## Wurzeln und Visionen unserer politischen Arbeit

### Gemeinsame Erklärung zum 60. Jahrestag der Gründung der gesamtdeutschen VVN

Wir haben unsere Wurzeln im Kampf der Frauen und Männer, die sich in Deutschland, im Exil, in den Reihen der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition für die Freiheit ihres Landes, die Freiheit Deutschlands, für die Zerschlagung des deutschen Faschismus eingesetzt haben, in dem gemeinsamen Leid derjenigen, die aus politischen, rassistischen, religiösen oder gesellschaftlichen Gründen ausgegrenzt, verfolgt, interniert und vernichtet wurden, im Handeln aller Antifaschisten, die sich nach der militärischen Niederschlagung der faschistischen Herrschaft in Europa in großer Gemeinsamkeit aller demokratischen Menschen für einen antifaschistischen Neuaufbau eingesetzt haben. Dieser Neuaufbau war bestimmt durch die Losung der Überlebenden von Buchenwald: Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit, im Wirken der internationalen Gemeinschaft der Überlebendenverbände und der Antifaschisten für die Überwindung des Kalten Krieges in Europa und der Welt für die Förderung der Sicherheit und Zusammenarbeit ohne militärische Konfrontation.

Wir haben unsere gemeinsamen Erfahrungen aus dem Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, aus dem Kampf um die Legalität und Freiheit der VVN gegen Verbots- und Auflösungsbestrebungen, aus dem Kampf gegen Notstandsgesetze und Berufsverbote, aus dem Eintreten für eine angemessene Entschädigung der erlittenen Verfolgung und die Anerkennung des Verfolgungsschicksals von Zwangsarbeit als Entschädigungsgrund, für die Bewahrung der Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand und gegen die Verdrängung der Taten und der Täter aus dem öffentlichen Gedächtnis, im aktiven Handeln gegen alte und neue Nazis, gegen SS-Traditionsverbände und das Aufkommen der NPD, gegen Wehrsportgruppen, neofaschistischen Terror und Anschläge, aus der Unterstützung der Friedensbewegung gegen Ost-West-Konfrontation und Atomwaffen, gegen Aufrüstung und Militäreinsätze im Ausland, aus der Mitwirkung in sozialen Bewegungen, der Gewerkschaftsbewegung und anderen politischen Strukturen der demokratischen Kräfte unseres Landes.

Mit dem Zusammenschluss der antifaschistischen Organisationen in Deutschland, den Landesverbänden in den alten Bundesländern und den wiederbegründeten Landesorganisationen in den neuen Ländern, haben wir unsere Kräfte gebündelt und stehen vor großen Aufgaben:

Kampf für eine humane Welt ohne Krieg, Rassismus, Antisemitismus, Neofaschismus und Bedrohung des Lebens und der Würde aller Menschen  
Eintreten für eine menschenwürdige und sozial gerechte Gesellschaft  
Vermittlung des Wissens um den antifaschistischen Widerstand an die nachgeborenen Generationen  
Vermittlung einer humanen und solidarischen Orientierung gegen Neoliberalismus.

Für die Verwirklichung dieser Ziele brauchen wir jeden. Wir brauchen diejenigen, die selbst im Widerstand gestanden, die faschistische Verfolgung und die Terrorstätten erlebt haben und davon Zeugnis ablegen können,

die als Familienangehörige direkt oder mittelbar dieses Schicksal miterlebt oder die Auswirkungen erlitten haben,  
die als Konsequenz aus ihren Erfahrungen mit den faschistischen Verbrechen sich dafür einsetzen, dass sich so etwas nie wiederholt,  
die aus der aktuellen Bedrohung durch rassistische und faschistische Ideologie oder organisatorische Strukturen handeln wollen gegen Rassismus, autoritäre Herrschaft, Intoleranz, Geschichtsverfälschung und Militarismus.

Uns alle eint eine positive Vision: Die Vision einer Gesellschaft,  
die friedlich, weltoffen, menschlich und sozial gerecht ist,  
in der das Recht auf Leben, Arbeit, Bildung, Menschenwürde und Freiheit verwirklicht ist,  
in der „der Mensch ein Mensch ist“.

Das ist das Vermächtnis der 60-jährigen politischen Arbeit unserer Organisation.  
Dafür arbeiten wir in Bündnissen und Netzwerken. Dafür treten wir ein – heute und morgen.  
Dafür brauchen wir Mitstreiter und Mitglieder aus allen Generationen.



## „Unsere Mütter, unsere Väter“

Vor 70 Jahren wurde die VVN von Frauen und Männern begründet, die sich an den verschiedenen Frontabschnitten gegen den Faschismus, seine Kriegs und Rassepolitik gestellt haben oder die Opfer der gesellschaftlichen Ausgrenzung und faschistischen Verfolgung wurden. Sie hatten unterschiedliche politische, soziale, religiöse und gesellschaftlichen Wurzeln und Vorstellungen. Ihr gemeinsames Ziel war es, politischen Einfluss auf einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn zu nehmen, für die materielle Entschädigung und soziale Wiedergutmachung einzutreten und die Wahrheit über das verbrecherische Regime, seine politischen Wurzeln und seine konkreten Ausdrucksformen insbesondere an die jungen Generationen weiterzugeben, damit diese sich bewusst für ein „Nie wieder!“ einsetzen konnten.

Ihr Zusammenwirken wurde durch die großen politischen Auseinandersetzungen massiv beeinflusst, aber ihre gemeinsamen Erfahrungen erwiesen sich vielfach als stärker. Während sich die Mainstream-Medien – nicht nur durch Fernsehproduktionen – heute immer häufiger um die Rehabilitierung der Kriegsgeneration bemühen, wollen wir an dieser Stelle unsere politischen Mütter und Väter würdigen.

Unser Dank geht an alle Mitglieder, die durch Texte, Materialien und insbesondere mit Bildern geholfen haben, diese Menschen hier sichtbar zu machen.

### Victor Andersen (1908 – 1995)



Victor Andersen entstammte einer sozialdemokratischen Familie aus Uetersen und war seit seiner Jugend Mitglied der SPD und ihrer Unterorganisationen. Er lernte in der Maschinenfabrik Hatlapa. In der Weimarer Zeit kämpfte er in den Reihen des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ und dessen Schutzformationen gegen die Nazis. Dabei scheute er auch nicht vor Kontakten zu kommunistischen Nazigegegnern. Und er war dabei, als im Februar 1933 in Uetersen eine große Einheitsdemonstration von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die NSDAP stattfand. Gemeinsam mit Uetersener Kommunisten stellte er in einer Scheune Flugblätter und Zeitungen her, die überregional verteilt wurden. Ende 1934 wurde er bei einer Massenverhaftung im Kreis Pinneberg verhaftet, ins KZ Esterwegen, wo er Carl von Ossietzky traf, und anschließend ins „KolaFu“ gebracht. Im Prozess vor dem Berliner Kammergericht wurde er zu vier Jahren Haft im Zuchthaus Rendsburg verurteilt.

Der Chef der Maschinenfabrik Hatlapa setzte sich 1939 für Andersens Entlassung ein, da die Fabrik qualifizierte Arbeitskräfte dringend benötigte. Er arbeitete dort bis zur Einberufung zum Kriegsdienst im berüchtigten „Bewährungsbataillon 999“. Nach Kriegsende wurde Victor Andersen Kreisjugendpfleger und Sportreferent des Kreises Pinneberg. Er gehörte als SPD-Mitglied zu den Gründern der VVN und blieb Mitglied trotz „Unvereinbarkeitsbeschluss“. Trotz seiner verfolgungsbedingten gesundheitlichen Beeinträchtigungen trat er aus innerster Überzeugung als Zeitzeuge in Schulklassen auf, um am Beispiel seiner persönlichen Erfahrungen vor neuen Gefahren wie Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus zu warnen. Genauso nahm er an Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus teil; er engagierte sich in der VVN.

„Am Tage meiner Befreiung aus dem KZ habe ich mir geschworen, dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder passieren kann“, erklärte er. Am 31. Mai 1995 verstarb Victor Andersen 87jährig in seiner Heimatstadt Uetersen. Ihm zu Ehren heißt die Jugendbildungsstätte des Kreises Pinneberg Victor-Andersen-Haus.

## Jupp Angenfort (1924 – 2010)



„Am ersten Tag der Kriegsgefangenschaft brach das ganze Lügengebäude zusammen, mit dem man uns in den Krieg gejagt hatte.“ Diesen Satz mussten sich die Richter des Bundesgerichtshofs von Jupp Angenfort anhören, die ihn 1955 nach zwei Jahren U-Haft zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten. Seine „Straftat“: „Hochverrat“, gemeint war sein politisches Engagement als Vorsitzender der FDJ, die von der Adenauer-Regierung 1951 verboten worden war.

Jupp kam 1924 als Sohn einer katholischen Eisenbahner-Familie auf die Welt. Als 19-jähriger wurde er 1943 zur Wehrmacht eingezogen und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, Jupp wirkt im Nationalkomitee Freies Deutschland unter den deutschen Kriegsgefangenen.

Nach der Befreiung kam er ins Rheinland, wurde politisch aktiv und sah dafür in der KPD und der FDJ die überzeugendsten Voraussetzungen. Als jüngster Abgeordneter vertrat er die KPD im Landtag von NRW, wurde Vorsitzende der FDJ in Westdeutschland.

Die KPD und auch die FDJ bekämpften die Politik des Kalten Krieges, der Restauration und Remilitarisierung, bezahlte dafür mit Verfolgung, Verhaftung und Verurteilung ihrer Mitglieder. Nach der Haftentlassung führte die Fortsetzung des Kampfes für Jupp Angenfort 1962 zu erneuter Verhaftung. Es gelang ihm die Flucht, eine tollkühne Aktion der bundesdeutschen Justizgeschichte. Die Entspannungspolitik wurde ebenso erstritten wie die Gründung der DKP. Nach Rückkehr in die Bundesrepublik wurde Angenfort Mitglied des Präsidiums der DKP.

Und er engagierte sich in der VVN-BdA. Er war Landesvorsitzender und Landessprecher der VVN-BdA von 1988 bis 2002. Am 13. März 2010 ist Jupp Angenfort in Düsseldorf gestorben. *Jochen Vogler*

# „Unsere Mütter, unsere Väter“

## Kurt Bachmann (1909 – 1997)



Mit Kurt Bachmann an der Spitze der neukonstituierten Deutschen Kommunistischen Partei wurde 1969 ein Widerstandskämpfer und Auschwitz-Überlebender jüdischer und proletarischer Herkunft zu einem deutschen Parteivorsitzenden gewählt. 1909 in Düren im Rheinland geboren lernte er Gerber. Zunächst RGO-Mitglied, dann ab 1932 in der KPD, arbeitete Bachmann 1933-35 illegal für die KPD in Köln. 1938 ging er zusammen mit seiner ebenfalls jüdischen Frau Alice nach Frankreich. Er war Mitglied der illegalen KPD-Leitung in Toulouse. 1942 wurde Bachmann verhaftet und kam mit seiner Frau Alice in einen Transport nach Auschwitz. Da er arbeitsfähig war, trennte man ihn von den anderen; seine Frau wurde ermordet. Bachmann war Insasse verschiedener KZ-Lager, zuletzt des KZ Buchenwald.

1945 wurde er Lizenzträger der Volksstimme, des KPD-Organs in Köln, war Mitgründer der VVN. Nach dem KPD-Verbot 1956 arbeitete er als Bonner Korrespondent der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat“. In den 1980er und 1990er Jahren trat Bachmann bei zahlreichen Kundgebungen der Friedensbewegung, gegen Fremdenhass und gegen faschistische Veranstaltungen auf. Auch wurde er häufig als Zeitszeuge befragt. Er wandte er sich bei solchen Gelegenheiten gegen die Gleichsetzung von Sozialismus und „Nationalsozialismus“ und gegen die Verwendung des Begriffs Nationalsozialismus: *„Der Faschismus redete mit zwei Zungen. Am 27. Januar 1932 erklärte Hitler vor dem Industrieclub in Düsseldorf: ‚Wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten.‘ Und dann soll der Nationalsozialismus eine Variante des Sozialismus sein?“. Gestorben ist Kurt Bachmann am 23. Februar 1997 in Köln. Ulli Sander*

## August Baumgarte (1904 – 1980)



August Baumgarte wurde 1904 in Hannover geboren. Mit fünfzehn Jahren beginnt er eine Lehre als Schlosser, tritt in die Gewerkschaft und bald darauf auch in die Sozialistische Arbeiterjugend SAJ und 1923 in den „Republikanischen Schutzbund Hannover“ ein, der später im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aufging. 1926 wechselt er in den kommunistischen Jugendverband über und ist im „Kampfbund gegen den Faschismus“ aktiv. Im Herbst 1932 wird er erstmals wegen seiner politischen Aktivitäten verhaftet und bleibt bis Ende des Jahres 1932 in Haft. Am Morgen nach dem Reichstagsbrand wird er wieder verhaftet. Am 11. April wird er in das KZ Moringen eingeliefert, wo er bis zum 18. Oktober bleibt. Im Herbst wird er in das KZ Esterwegen verlegt. Auf kurze Zeiten in Freiheit, in der er in die Illegalität abtaucht, folgen – verraten von Spitzeln – wieder Zuchthaus und KZ-Haft, so unter anderem in Aschendorfer Moor und in Sachsenhausen. Er lässt sich nicht brechen, baut in den Lagern immer wieder Häftlingselbstorganisationen mit auf. Im Oktober

1944 wird er mit dem Aktenvermerk „Rückkehr unerwünscht“, was einem Todesurteil gleich kommt, in das KZ Mauthausen deportiert, wo er schließlich 1945 befreit wird.

August Baumgarte ist nach der Befreiung in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der KPD aktiv. Er ist verheiratet und hat kleine Kinder, als er in der BRD 1957 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wird. Als Landessekretär der VVN Niedersachsen entlarvt er 1962 im Verbotsprozess gegen die VVN am zweiten Verhandlungstag den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts als SA- und NSDAP-Mitglied („Herr Dr. Werner, Sie sind ein alter Nazi!“). Der Prozess muss ausgesetzt werden und wird schließlich eingestellt.

Als Vorsitzender des „Moorsoldatenkomitees“ setzt sich August Baumgarte sehr für die Gründung eines Trägervereins ein, dem das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) in Papenburg seine Existenz verdankt. August Baumgarte starb 1980.

### Willi Bleicher (1907 – 1981)



In Cannstatt als Sohn als Metallarbeiters geboren, erlernte er das Bäckerhandwerk, bevor er in einem Metallbetrieb arbeitete, dort Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Arbeitersports und der kommunistischen Jugend wurde.

In den 20er Jahren Mitglied der KPD kritisierte er die linksradikale Politik und schloss sich 1929 der KPD-Opposition an. 1933 emigrierte er in die Schweiz, wurde nach Frankreich abgeschoben und kehrte 1934 nach Stuttgart zurück, wo er in einer Gruppe illegalen Widerstand leistete. Durch Spitzel verraten, wurde er im Januar 1936 verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Ulm absaß. Anschließend verschleppten ihn die Nazis über das KZ Welzheim im Oktober 1938 in das KZ Buchenwald.

Dort arbeitete er als einer der „roten Kapos“ in der Effektenkammer, wo er das jüdische Kind Juschu, Stefan Jerzy Zweig, versteckte. Die früheren politischen Differenzen hinderten Bleicher nicht, 1944 im Lager eine illegale Gedenkfeier für den ermordeten KPD-Vorsitzenden Thälmann zu organisieren. Sie wurde verraten, Bleicher zu Folter-Verhören nach Weimar und auf einen Häftlingstransport gebracht.

Nach Stuttgart zurückgekehrt, beteiligte er sich am antifaschistischen Neubeginn, trat in die KPD ein, kandidierte für sie zum Gemeinderat. Er baute die Metallgewerkschaft mit auf, wurde in den zentralen Vorstand gewählt. Im Kalten Krieg wurde er als Kommunist auch in der IGM ausgegrenzt und trat daraufhin der SPD bei. Ab 1959 wurde er zum IGM Bezirksleiter gewählt. Dort vertrat er weiterhin seine antifaschistische Überzeugung, die er auch als Gründungsmitglied der VVN gezeigt hatte. Schon in den 70er Jahren organisierte er mit der Gewerkschaftsjugend Fahrten nach Buchenwald, Lidice und Auschwitz. Sein Motto lautete: „Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen beugen!“

Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus trägt seit 2016 seinen Namen.

## Ernst Buschmann (1914 – 1996)



Ernst Buschmann war der jüngste unter den legendären Kommandeuren der Internationalen Brigaden, die während des Spanischen Bürgerkriegs gegen den spanischen Faschismus kämpften. Am 8. November 1914 in Solingen in einer Arbeiterfamilie geboren wurde der gelernte Betriebselektriker ein kommunistischer Jugendverbandsfunktionär, Gewerkschafter und Arbeitersportler. Nach illegalem Widerstand gegen die Nazis folgte 1934 die Emigration in die Niederlande und die UdSSR. Über seinen Kampf in Spanien sagte er: „Wir waren Pazifisten und Antimilitaristen, doch nur mit der Waffe in der Hand konnten wir helfen, den Faschismus in Europa zu stoppen, dessen weitere Ausbreitung eine Gefahr für den Weltfrieden bedeutete.“ Bald nach seiner Ankunft wurde der 23jährige zum

Stabschef des Bataillons Hans Beimler der Internationalen Brigaden ernannt. Im April 1938 wurde er Kommandeur des Bataillons Edgar André. Im Februar 1939 floh er vor anrückenden spanischen Putschisten nach Frankreich und wurde im Internierungslager in St. Cyprien inhaftiert. Von dort kam er im Mai 1940 in das Konzentrationslager Le Vernet und im November 1942 in ein Spezialgefängnis in Castres. Ihm gelang im September 1943 mit 35 anderen politischen Häftlingen die Flucht, er schloss sich der Résistance in Lyon an und wurde deren Koordinator mit der Bewegung „Freies Deutschland“ (CALPO). Zurückgekehrt nach Deutschland wurde Ernst in Koblenz KPD-Mitglied in der Beratenden Landesversammlung in Rheinland-Pfalz und des Rheinland-Pfälzischen Landtages. Gleichzeitig war er Mitbegründer VVN Rheinland-Pfalz, der er bis zu seinem Tod am 31. Januar 1996 angehörte, viele Jahre als Mitglied des Präsidiums der VVN. Er hat tausenden junge Menschen von seinem Kampf berichtet, war „Geschichtslehrer“ mit der eigenen Geschichte und konnte die jungen Mitsstreiter begeistern. *Ulli Sander*

## Emil Carlebach (1914 – 2001)



Als Sohn einer jüdischen Frankfurter Kaufmannsfamilie engagierte er sich schon Ende der 20er Jahre gewerkschaftlich, wurde Mitglied im Sozialistischen Schülerbund, später im KJVD und mit 18 Jahren der KPD.

Wegen Flugblattverteilung bereits 1933 verhaftet, setzte er seinen Widerstand fort. Im April 1934 wurde er zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Zuerst in Hameln, dann 1935 ins Gefängnis nach Hannover verlegt, wurde Emil Carlebach nach Verbüßung der Haftzeit 1937 in das KZ Dachau verschleppt. 1938 kam er nach Buchenwald, wo er bis zum 11. April 1945 interniert blieb. In Buchenwald war er in der illegale Lagerorganisation der Häftlinge und wirkte als Blockältester im Block 22 der jüdischen Häftlinge. Er befand sich auf der Liste der 46 Häftlinge, die die SS noch Anfang April 1945 liquidieren wollte. Gerettet wurde er durch die Solidarität der Mithäftlinge. Für ihn wurde der 11. April 1945, der Tag der Selbstbefreiung des Lagers, zum Tag der „zweiten Geburt“.

Im Mai 1945 kehrte Emil Carlebach nach Frankfurt/M. zurück und kämpfte um einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn als Stadtverordneter der KPD, als Mitbegründer und Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“ und bei den Beratungen zur Hessischen Landesverfassung vom Dezember 1946. Außerdem war er Mitbegründer der VVN in Frankfurt, Hessen und auf gesamtdeutscher Ebene.

Im Zuge der politischen Restauration wurde er erneut verfolgt und angeklagt. Nach dem KPD-Verbot 1956 siedelte er zeitweilig in die DDR über und arbeitete dort als Journalist. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik in den 60er Jahren wurde er viele Jahre Mitglied des Präsidiums der VVN und leitender Redakteur der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“. Gewerkschaftlich war er in der „Deutschen Journalisten Union“ (dju) in der IG Druck und Papier aktiv. Die Stadt Frankfurt/M. ehrte ihn mit der Johanna-Kirchner-Medaille.

Der Kampf um die Bewahrung der Erinnerung an den Widerstand in Buchenwald war sein zentrales Anliegen. Auf der Kundgebung zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung im April 1995 formulierte er einen leidenschaftlichen Appell: *„Lasst nicht nach in eurer Wachsamkeit. Lasst euch durch schöne Worte nicht beruhigen. Unser Schwur gilt heute wie vor 50 Jahren: Für eine Welt des Friedens und der Freiheit!*

*Zu Frieden und Freiheit aber gehört die Tradition des Kampfes gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und Herrenmenschentum. In diesem Kampf waren wir vereint, in diesem Kampf bleiben wir vereint. Denn es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder.“* Am 9. April 2001 starb Emil Carlebach in Frankfurt/Main.

### Fred Dellheim (1914 – 2003)



Im rheinland-pfälzischen Mutterstadt als Sohn jüdischer Eltern geboren, entkommt Fred Dellheim im Januar 1939 mit einem Kindertransport nach England der Verfolgung durch das Nazi-Regime. Seine Eltern und seine ältere Schwester werden 1943 in Auschwitz ermordet. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wird er als „Ausländer feindlicher Nationalität“ in Kanada interniert. Als er 1942 nach London zurückkehren kann, meldet er sich als Freiwilliger bei der britischen Armee, landete 1944 mit ihr in der Normandie und kämpfte in ihren Reihen bis zur militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus.

Danach ist er als Dolmetscher in der britischen Militärregierung tätig, wird jedoch 1947 als „roter Soldat“ entlassen. Anschließend ist Fred im Rheinland am Aufbau der im Londoner Exil gegründeten Freien Deutschen Jugend (FDJ) beteiligt.

Nach den zunehmenden Verfolgungen gegen die FDJ und ihre Funktionäre siedelt er 1951 in die DDR über, wirkt dort über 30 Jahre in leitenden Positionen der Werkzeugmaschinenindustrie in Karl-Marx-Stadt und Berlin.

Seit 1992 leitet er den Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes (IVVDN) in den neuen Bundesländern. Die kräftezehrende Krönung seines Lebenswerkes bildet im Oktober 2002 die Vereinigung des IVVDN mit der westdeutschen VVN-BdA. Als Co-Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und als Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) genießt er weit über die antifaschistische Organisation hinaus großes Ansehen.

Seit den 1990er Jahren tritt er oft als Zeitzeuge auf, wiederholt auch in Mutterstadt.

*Hans Coppi*

## Walter Gabriel (1887 – 1983)



Geboren am 5. Oktober 1887 in Oberschmon/Kreis Querfurt als Pfarrersohn studierte er 1906-1912 Theologie in Halle und Magdeburg und wurde anschließend Hilfsprediger und Pfarrer in Magdeburg, Zeitz, Rasberg und Draschwitz, 1918 Feldgeistlicher an der Westfront und 1921/22 Seemannspastor und Marinepfarrer in Cuxhaven. 1923 erhielt er eine Pfarrstelle an St. Laurentius der Neumarktgemeinde Halle. Ab 1928 wurde er Schriftführer im Vorstand der „Missionskonferenz in der Provinz Sachsen mit Anhalt“, bis 1933 Gaubmann der Provinz Sachsen des Christlich-Sozialen Volksdienstes.

Gegen den Vormarsch der „Deutschen Christen“ (DC) wurde er 1933 Angehöriger der Jungreformatorischen Bewegung, ab Ende 1933 schloss er sich dem Pfarrernotbund in der Kirchenprovinz Sachsen sowie seit 1934 der Bekennenden Kirche an. Walter Gabriel war 1934 Teilnehmer der Bekenntnissynoden in Barmen und Berlin-Dahlem. Das war der Beginn einer lebenslangen Bekanntschaft mit Martin Niemöller (1892-1984). Wegen

„Kanzelabkündigungen“ und anderer Vergehen erfolgten 1935 bis 1938 mehrfach Vorladungen zur Gestapo, „Schutzhaft“ und Untersuchungshaft in Halle. Im Januar 1941 wurde er erneut verhaftet und vom 7. Februar 1941 bis zum 24. Dezember 1942 als Häftling im KZ Dachau (Nr. 23641) interniert. Anschließend erhielt er Berufsverbot und wurde seit Sommer 1943 als Sanitätssoldat in Halle eingezogen.

Nach der Befreiung 1945 erhielt er – kirchlich rehabilitiert – wieder das Pfarramt an St. Laurentius. Ende 1945 erfolgte die Anerkennung als Opfer des Faschismus (OdF) (später war der Begriff VdN gebräuchlich) und er beteiligte sich aktiv beim Aufbau der VVN in der SBZ. So nahm er an der Gründungskonferenz für die SBZ (22./23. Februar 1947) in Berlin teil, wurde in den erweiterten Zentralvorstand gewählt und war später Mitglied im Landesvorstand der VVN Sachsen-Anhalt. 1948 trat er aus der VVN aus, betätigte sich gleichwohl weitere antifaschistisch – u.a. an den internationalen Dachau-Treffen. Mit Beginn seines Ruhestandes 1962 erhielt er durch die zuständigen DDR-Stellen seine VdN-Unterstützung. Er starb am 27. August 1983 in Halle/S. *Dr. Werner Dietrich*

## Heinz Galinski (1912 – 1992)



In Marienburg/Westpreußen am 28. November 1912 geboren, zieht er 1937 nach Rathenow und muss ab 1940 in einem Rüstungsbetrieb Zwangsarbeit leisten. Ende Februar 1943 wird er mit seiner Frau und seiner Mutter nach Auschwitz deportiert, muss für die I.G. Farben im KZ Monowitz Zwangsarbeit leisten, überlebt den Todesmarsch im Januar 1945 nach Dora-Mittelbau und Bergen-Belsen.

Seit dem Sommer 1945 beteiligt er sich am Aufbau der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Als stellvertretender Leiter des Hauptausschusses für die Opfer des Faschismus beim Magistrat setzt er sich für die Überlebenden des Holocaust und der Nürnberger Gesetze ein. Heinz Galinski sieht in der VVN eine politische Organisation, die sich gegen den Antisemitismus wendet und für die Wiedergutmachung einsetzt. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern der Berliner VVN, die Mitte Mai

1948 mit einer Großveranstaltung die Gründung des Staates Israel begrüßt. Als stellvertretender Vorsitzender der Berliner VVN tritt Heinz Galinski in der sich teilenden Stadt für eine einheitliche parteienneutrale VVN ein. Am 25. November 1948 verlässt er die VVN, weil er deren Überparteilichkeit nicht mehr gewahrt sieht.

Von 1949 bis zu seinem Tode ist er Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und von 1959 bis 1963 erster Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Diese Funktion übernimmt er noch einmal von 1988 bis zu seinem Tode. Er ist eine unbestrittene moralische Autorität, und er nimmt auch immer wieder entschieden politische Stellung. So protestiert er lautstark gegen antisemitische Vorfälle und Umtriebe von Neonazis. 1990/91 setzt er sich dafür ein, dass in der DDR anerkannte Verfolgte des Naziregimes weiterhin eine Entschädigungsrente erhalten. Er stirbt am 19. Juli 1992 in Berlin. *Hans Coppi*

### Peter Gingold (1916 – 2006)



Geboren am 8. März 1916 in einer jüdischen Familie in Aschaffenburg, wuchs Peter Gingold in Frankfurt/M. auf und wurde dort Mitglied der Gewerkschaftsjugend und des KJVD. Hier erlebte er die ersten handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den Nazis. 1933 emigrierte er mit seiner Familie nach Paris, wo er die „Freie Deutsche Jugend“ mitbegründete. Zu Beginn des Krieges wurde er als „feindlicher Ausländer“ interniert. Nach seiner Entlassung schloss er sich – nach dem Überfall der deutschen Truppen auf Frankreich – der französischen Résistance an. In diesem Kampf riskierte er Freiheit und sein Leben. Nach einer Razzia verhaftet, gelang ihm am 23. April 1943 eine spektakuläre Flucht aus den Fängen der Gestapo.

Wieder in den Reihen der Résistance kämpfte er für die Befreiung von Paris und 1945 sogar noch in den Reihen der italienischen Resistenza. Den 8. Mai 1945 erlebte er in Turin als „Morgenrot der Menschheit“.

1945 kehrte er mit seiner Frau Ettie und Tochter Alice nach Frankfurt/M. zurück, um für einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang zu arbeiten. Als Kommunist erlebte er 1956 nach dem KPD-Verbot erneut Illegalität und Verfolgung durch den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit. Zudem wurde seine Tochter Silvia von der hessischen Landesregierung mit Berufsverbot belegt.

Peter Gingold war ein gefragter Zeitzeuge, der aus seinem Erleben politische Konsequenzen für einen anderen Umgang mit Geschichte und Erinnerung sowie mit der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ einforderte. In den 1980er Jahren kämpfte er gemeinsam mit Gewerkschaftern und jungen Antifaschisten gegen die „Aktionäre des Todes“ der „IG Farben AG in Auflösung“.

Eine ganzseitige Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“ unter dem Titel „Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge“ war seine Antwort auf die offizielle Rechtfertigung des Angriffskriegs mit deutscher Beteiligung gegen Jugoslawien.

Gleichzeitig stand er mit jungen Antifaschisten auch auf den Straßen gegen alte und neue Nazis. Er verstand sich bei seinen vielfältigen Auftritten „als Reisender in Sachen Mutmachen“.

Gemeinsam mit seiner Frau Ettie erhielt er die Johanna Kirchner-Medaille der Stadt Frankfurt/M. und 2004 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte für sein antifaschistisches Lebenswerk. Peter Gingold starb im 29. Oktober 2006.

## Kurt Goldstein (1914 – 2007)



In einer jüdischen Familie aufgewachsen, schließt er sich 1929 in Dortmund dem Kommunistischen Jugendverband und 1930 der KPD an. Nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 flieht er zunächst nach Luxemburg, dann nach Frankreich und erreicht 1935 Palästina. 1936 kämpft er bei den Internationalen Brigaden in Spanien. Seit 1939 ist er in französische Internierungslager interniert und wird 1942 nach Auschwitz verschleppt. Er überlebt die Zwangsarbeit in einer Kohlengrube und den Todesmarsch, der im KZ Buchenwald endet.

Nach der Befreiung arbeitet er zunächst für die KPD in Dortmund. 1951 siedelte er in die DDR über. Zehn Jahre war er Intendant des Deutschlandsenders. In den 80er Jahren ist Kurt Goldstein einer der internationalen Sekretäre der FIR in Wien. Aufgrund seiner langjährigen Arbeit wird er im Internationalen Auschwitz-Komitee Ehrenpräsident. Unermüdlich tritt er dafür ein, dass der Antifaschismus als einigendes Band allen offen steht, die gegen Nazismus, Rassenwahn, Antisemitismus und Kriegstreiberei auftreten.

Nach 1989 ringt er in den neuen antifaschistischen Organisationen um die Zweifelnden, dämpft die Ungeduldigen und fordert mehr Einsatz von den Abwartenden. Auch als Ehrenvorsitzender der VVN-BdA tritt er, wenn es sein musste, mit seinen Mitstreitern. Für ihn lebt das Miteinander unter Antifaschisten vom Widerspruch. Unermüdlich tritt er in Hunderten von Zeitzeugengesprächen auf.

2005 überreicht ihm der Berliner Bürgermeister im Auftrage des Bundespräsidenten das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. *Hans Coppi*

## Heinrich Grüber (1891 – 1975)



Der am 24. Juni 1891 in Stolberg/Rheinland geborene spätere Pfarrer engagiert sich nach 1933 in der Bekennenden Kirche und im oppositionellen Pfarrernotbund. Er gründet ein Büro für die Auswanderung „nichtarischer“ Christen und nach dem November-Pogrom 1938 eine Zentrale Hilfsstelle für „Getaufte jüdischer Abstammung“. Das „Büro Grüber“ wird weltweit bekannt. Die Gestapo verhaftet Heinrich Grüber Ende 1940 wegen „volksfeindlicher“ Tätigkeit“ und verschleppt ihn in die Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau. Diese Zeit beschreibt er in seinem Buch „Leben an der Todeslinie“. Durch unerermüdliches Insistieren seiner Frau bei einflussreichen Persönlichkeiten vor allem im Ausland wird er nach zweieinhalb Jahren aus der Haft entlassen. Die Hilfsstelle wird unterdessen aufgelöst. Nur drei ihrer dreißig Beschäftigten haben überlebt. Nach der Befreiung gehört Grüber zu den „Kirchenmännern der ersten Stunde“, so als Pfarrer der Gemeinden St. Marien und St. Nicolai und als Mitglied der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg. Er war im Berliner OdF-Hauptausschuss tätig und

wird im Februar 1947 zum 2. Vorsitzenden der VVN in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gewählt. Im September 1948 legt er sein Amt mit dem Verweis auf seinen schlechten

Gesundheitszustand nieder. Der eigentliche Grund sind jedoch politische Differenzen, so zu dem zunehmend „antiwestlichen Kurs“ der VVN.

Nach der Gründung von BRD und DDR, wird Propst Grüber Bevollmächtigter des Rats der EKD bei der Regierung der DDR und hält enge Kontakte zu seinen KZ-Kameraden. Seine Haltung gegenüber der DDR-Regierung ist durch kritische Loyalität und konstruktive Unabhängigkeit bestimmt (Gerhard Besier). Heinrich Grüber stirbt am 29. November 1975 in Berlin. *Hans Coppi*

## Lina Haag (1907 – 2012)



Lina Haag wurde am 18. Januar 1907 als Tochter einer Arbeiterfamilie in Schwäbisch Gmünd geboren. Bereits als junge Frau engagierte sie sich mit ihrem späteren Mann Alfred Haag in der KPD.

1929 ging Lina nach Argentinien, wohin Verwandte ausgewandert waren, um dort eine neue Zukunft für die Familie aufzubauen – mittlerweile war die Tochter Käthe geboren. Sie fuhr zunächst allein, wollte Geld verdienen, damit Mann und Tochter nachkommen könnten. Doch in der Zwischenzeit war Alfred für die KPD in den württembergischen Landtag gewählt worden. Er wollte nicht auswandern und Lina kehrte 1931 nach Deutschland zurück.

Nach der Machtübertragung an die Nazis wurde Alfred verhaftet, drei Wochen später auch Lina. Ihr viereinhalbjähriger Leidensweg führte sie – nur einmal für wenige Monate unterbrochen – durch das Konzentrationslager Lichtenburg und verschiedene Gefängnisse. 1939 entlassen, setzte sie sich für die Freilassung ihres Mannes, der nach Mauthausen und Dachau

verschleppt worden war, ein, erreichte sogar eine Unterredung bei Heinrich Himmler und schließlich die Freilassung von Alfred. Doch ihr Mann wurde bald darauf – trotz „Wehrwürdigkeit“ – als Soldat an der Ostfront eingesetzt.

Lina machte in Berlin eine Ausbildung als Krankengymnastin, arbeitete dann als Krankenschwester und ließ sich 1944 nach Garmisch versetzen. Dort schrieb sie heimlich ihr Buch „Eine Handvoll Staub“ – in Form eines Briefs an ihren Mann Alfred schilderte sie darin ihren Lebensweg und den ihres Mannes, dessen Schicksal lange unbekannt geblieben war. Erst 1948 kehrte er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück.

„Eine Handvoll Staub“ – 1947 erstmals erschienen und immer wieder aufgelegt – wurde einer der meistgelesenen Zeitzugeberichte über den NS-Terror.

Lina lebte nach der Befreiung in München und engagierte sich zusammen mit ihrem Mann, der u. a. Landesvorsitzender der bayerischen VVN und Mitinitiator der Gedenkstätte Dachau war, gegen das Vergessen. Viele Jahre – auch nach Alfreds Tod 1982 – führte sie Gespräche mit Jugendlichen, las aus ihrem Buch und korrespondierte mit Leserinnen und Lesern. Lina Haag verstarb am 19. Juni 2012 im Alter von 105 Jahren und ist auf dem Münchner Waldfriedhof bestattet.

1963 hatte Oskar Maria Graf über Lina Haag geschrieben: „Sie kennt keine Flucht aus der Wirklichkeit, sie bleibt mit allen Fasern ihrer Persönlichkeit in der Zeit, fühlend, beobachtend, urteilend und kämpfend für eine bessere Zeit.“ *Guido Hoyer*

## Alfred Hausser (1912 – 2003)



Alfred Hausser wurde am 27. August 1912 in Stuttgart geboren. Nach Abschluss der Schule machte er eine Lehre als Metallarbeiter. 1930 wurde Alfred Mitglied im kommunistischen Jugendverband (KJVD). Nach der Lehre, 1932, arbeitslos wurde Alfred Mitglied der KPD und Funktionär des Jugendverbands. Er trat in dieser Zeit bei vielen Diskussionen und Veranstaltungen auf um den Kampf gegen den Hitlerfaschismus zu unterstützen. Nach der Machtübertragung an Hitler ging Alfred Hausser in die Illegalität. Zuerst baute er im Ruhrgebiet Widerstandsgruppen der kommunistischen Jugend auf. nach einer Verhaftungswelle wurde er nach Sachsen gesandt. 1934 wurde er verhaftet. Die Gruppe, die er leitete, hatte Flugblätter und eine Zeitschrift veröffentlicht. Nach 17 Monaten Gestapohaft wurde vor dem Volksgericht in Berlin der Prozess gegen Mitglieder der Gruppe eröffnet. Weil er als „Hauptträdelsführer“ angeklagt war wurde er wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.

Die meiste Zeit seiner Haft verbrachte er im Zuchthaus Ludwigsburg. Seine Haftbedingungen waren besonders schlimm. Er war in Einzelhaft und hatte absolutes Sprechverbot. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen und dem Beginn des 2. Weltkriegs bekam er eine Tätigkeit zugewiesen. Er musste für die Firma Bosch Zwangsarbeit verrichten. 1945 wurde das Zuchthaus evakuiert. Alfred wurde Ende 1945 von der amerikanischen Armee aus dem Gefängnis Wolfenbüttel befreit.

Danach kehrte er nach Stuttgart zurück. 1947 war er Mitgründer der VVN in Württemberg. Mit dem Zusammenschluss der Vereinigung von Württemberg und Baden wurde Alfred hauptamtlich bei der VVN beschäftigt. Er kümmerte sich um unzählige Entschädigungsanträge ehemaliger Häftlinge. Bis zu seinem Ruhestand 1975 blieb Alfred einer der führenden Köpfe der VVN Baden-Württemberg. Von 1961 bis 1992 hatte er das Amt des Vorsitzenden der Landesvereinigung inne. 1994 wurde er zum Ehrenvorsitzenden der VVN gewählt. Am 12. August 2003 starb Alfred Hausser. Kurz vor seinem Tod hat er noch das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen bekommen.

Er hat durch seine Arbeit unzählige jüngere Antifaschisten geprägt. Um an ihn zu erinnern vergibt die VVN Baden-Württemberg seit 2005 alle zwei Jahre den Alfred-Hausser Preis an herausragende antifaschistische Projekte. *Janka Kluge*

## Willy Hundertmark (1907 – 2002)



Geboren am 16. April 1907 in Apolda begann er 1922 eine Lehre bei Krupp in Essen. Er war Mitglied der Gewerkschaftsjugend und des KJVD. 1926 wurde er Mitglied der KPD und arbeitete nach seiner Entlassung während der Wirtschaftskrise als hauptamtlicher Funktionär im Ruhrgebiet.

In der Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand wurde er am 3. März 1933 verhaftet und ins KZ Sonnenburg verschleppt. Nach seiner Haftentlassung bekam er ein Aufenthaltsverbot für Essen, so dass er nach einer Zeit in Sömmerda 1939 nach Bremen kam – immer unter Gestapo-Aufsicht. Trotz schwerer Erkrankung wurde er noch an der „Heimatfront“ eingesetzt. Nach der Befreiung engagierte er sich in der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ und beim Wiederaufbau der KPD in Bremen. Später wurde er Chefredakteur der Parteizeitung „Tribüne der Demokratie“, wobei er auch Probleme mit der amerikanischen Militärregierung bekam. Als er wegen innerparteilicher Konflikte in der KPD seine Funktionen verlor, hat ihn das nicht von seiner Überzeugung abgebracht. Er arbeitete in

der Stadtteilorganisation, in seiner Gewerkschaft und später über 10 Jahre als Betriebsratsmitglied in der Wohnungsbaugenossenschaft GEWOBA. 1968 trat er der neukonstituierten DKP bei.

Mit Eintritt in seinen beruflichen Ruhestand verstärkte Willy Hundertmark seine Arbeit in den Reihen der VVN, zu deren Bremer Gründungsmitgliedern er gehörte. Ab 1972 arbeitete er an der überparteilichen Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand in Bremen 1933 – 1945“ mit, die im Bremer Rathaus gezeigt wurde. Anschließend wurde er 1975 Organisationssekretär der Bremer VVN und von 1983 bis 1991 war er Vorsitzender der Bremer Landesvereinigung, danach deren Ehrenvorsitzender. Sein Schwerpunkt war die Geschichts- und Erinnerungsarbeit.

Er war in Bremen hoch angesehen. 1986 erhielt er den Friedenspreis der Villa Ichon und 1989 wurde ihm als ersten Kommunisten der BRD von Bundespräsident Richard von Weizsäcker das „Bundesverdienstkreuz Erste Klasse“ verliehen. Am 15. Dezember 2002 starb er in Bremen.

# „Unsere Mütter, unsere Väter“

## Katharina Jacob (1907 – 1989)



Katharina Emmermann wurde am 6. März 1907 in Köln geboren. Obwohl eine gute Schülerin konnte sie aus Geldmangel nicht die höhere Schule besuchen. Sie lernte in Köln Kontoristin, wurde Mitglied in der Gewerkschaft und dem KJVD. 1927 heiratete sie den Kommunisten Walter Hochmuth und zog mit ihm nach Hamburg, wo sie der KPD anschloss. Im Juli 1933 wurde sie in „Schutzhaft“ genommen und später zu einem Jahr Gefängnis „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Ihr damaliger Mann Walter Hochmuth wurde ins Exil gezwungen, später trennten sie sich. Von Dezember 1938 bis Juni 1939 wurde Katharina Jacob erneut von der Gestapo im Gefängnis Fuhlsbüttel eingekerkert.

1941 heiratete sie den Antifaschisten Frank Jacob und wurde Mitglied in der Widerstandsgruppe Bästlein, Jacob und Abshagen. Im Sommer 1944 wurde Franz Jacob verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 18. September 1944 hingerichtet. Auch Katharina Jacob wurde als Mutter mit

zwei Kindern verhaftet. Obwohl aus Mangel an Beweisen freigesprochen wurde sie ins KZ Ravensbrück verschleppt.

Am 1. Mai 1945 von der Roten Armee befreit, kam sie Ende Juli 1945 nach Hamburg zurück und wurde Mitglied im „Komitee ehemaliger politischer Gefangener“. 1947 begann sie eine Lehrerausbildung und arbeitete 25 Jahre als Lehrerin. Sie war u.a. Vorsitzende des Kuratoriums Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer, Mitglied im Landesvorstand der VVN-BdA und Seniorenvertreterin in der GEW.

Die Aufklärung von Jugendlichen über die Verbrechen der Nazis und darüber, dass es immer Möglichkeiten des Widerstands gegen Unrecht gibt, ihre Arbeit als Zeitzugin und bei alternativen Stadtrundfahrten waren ihre selbstgestellten Aufgaben in den letzten Lebensjahren. Katharina Jacob starb am 23. August 1989. 1992 wurde in Hamburg eine Straße nach ihr benannt.

## Alphonse Kahn (1905 – 1985)



Aus einer gutbürgerlichen jüdischen Familie in Hamburg stammend, mit einem Studienabschluss in Wirtschafts- und Rechtswissenschaften engagierte sich Alphonse Kahn schon in der Weimarer Zeit gegen die Nazis, als er sich der „Roten Hilfe“ als Rechtsberater zur Verfügung stellte. 1932 wurde er Mitglied der KPD. Ende Februar 1933 entkam er der beginnenden Kommunistenverfolgung mit einer falschen Identität. Doch Ende Oktober 1933 musste er nach Frankreich fliehen.

In Frankreich unterstützte er die „Deutsche Volksfront“ und kämpfte nach kurzzeitiger Internierung u.a. in Le Vernet in der Resistance. Als Mitglied des Comité „Allemagne libre pour l'Ouest“ (CALPO) kehrte er mit französischer Identität ausgestattet 1944 als Zwangsarbeiter nach Deutschland zurück, um die Widerstandsbewegung zu unterstützen.

Nach der Befreiung wurde Alphonse Kahn Leiter des Kriegsschädenamtes und der Betreuungsstelle für die Opfer des

Faschismus in Ludwigshafen. Später war er Oberregierungsrat und Leiter des Landesamtes für Entschädigung beim Finanzministerium in Rheinland-Pfalz. Dabei war er Initiator des OdF-Siedlungsbaus in Ludwigshafen und anderen Städten und mitverantwortlich für die VVN-Erholungsheime in Edenkoben und Flammersfeld (Westerwald).

Als Kommunist verlor er durch Adenauer-Erlass seine Regierungsfunktionen und wurde aus dem Staatsdienst entlassen. Anschließend arbeitete er als Rechtsanwalt für verschiedene Unternehmen.

1947 gehörter Alphonse Kahn zu den Gründungsmitgliedern der gesamtdeutschen VVN und als Zonensekretär in der Französischen Zone half er beim Aufbau der VVN in Rheinland-Pfalz. Viele Jahre war er auf Leitungsebene für die VVN tätig, u.a. im Präsidium der VVN-BdA. Bis zu seinem überraschenden Tod war Alphonse Kahn darüber hinaus aktiv für die Vereinigung demokratischer Juristen und die Interessengemeinschaft der Emigranten im Deutschen Widerstand (IEDW). Er starb am 30. Juli 1985 in Koblenz.

### Lore Krüger (1914 - 2009)



Lore Krüger, als Lore Heinemann am 11. März 1914 in Magdeburg geboren, entstammt einem bürgerlichen Elternhaus mit jüdischen Wurzeln. Gleich nachdem die Nazis an die Macht gekommen waren, verließ sie Deutschland. London, Palma de Mallorca und Barcelona sind die ersten Stationen ihres Exils. 1935 geht sie nach Paris und setzte ihre in Barcelona begonnene Ausbildung zur Fotografin bei der Bauhauskünstlerin Florence Henri fort. Lore Krügers Fotos sind seltene Zeitzeugnisse, die in den letzten Jahren in Foto- und Kunstgalerien in Berlin, Paris und auf Mallorca gezeigt wurden.

In Paris wurde sie Kommunistin. Danach hatte sie gesucht. Unter den neuen Kampfgefährten trifft sie auch ihren Mann, den kommunistischen Spanienkämpfer Ernst Krüger. Mit ihrer Flucht in Richtung USA konnte Lore Krüger gerade noch ihr Leben retten.

Nach ihrer Rückkehr 1945 in die Sowjetische Besatzungszone entdeckte sie ihre Berufung als Übersetzerin und überträgt

fortan Werke u.a. von Doris Lessing, Daniel Defoe und Mark Twain für den Aufbau-Verlag. Außerdem war sie vielfach als Übersetzerin der FIR und des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer eingesetzt. Als nach der Wende 1989/90 in den neuen Bundesländern neue antifaschistische Strukturen entstehen, brachte Lore ihre internationalen Kontakte ein und arbeitete überall mit, ob bei der DRAFD, dem IVVdN oder der VVN-BdA. Auch bei den Spanienkämpfern, die ihrer Organisation den Namen »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939« geben, nachdem ihnen Lore von der Gründung eines Vereins mit diesem Namen in Frankreich berichtet hatte. Sie starb am 3. März 2009. *Hans Coppi*

„Unsere Mütter, unsere Väter“

## Hans Lauter (1914 – 2012)



Geboren als Arbeiterkind am 22. Dezember 1914 in Adelsberg (Sachsen) lernte er Glasschleifer und wurde früh politisiert. 1925 wurde er Mitglied im Arbeitersport, schon 1930 übernahm er Funktionen im KJVD-Sachsen. Im Zuge der ersten Verfolgungswelle durch die Nationalsozialisten wurde er 1933 in „Schutzhaft“ genommen und im KZ Sachsenburg interniert. Nach seiner Freilassung setzte er seine antifaschistische politische Tätigkeit illegal fort und wurde Leiter des KJVD im Bezirk Leipzig. Steckbrieflich gesucht, wurde er am 28. Mai 1935 in Leipzig verhaftet und am 28. März 1936 vom III. Senat des Volksgerichtshofs wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er verbüßte die Strafe im Zuchthaus Waldheim und in verschiedenen Moorlagern im Emsland. Im Februar 1945 gelang ihm bei Aufräumungsarbeiten im zerstörten Dresden die Flucht.

Im Juli 1945 trat Hans Lauter in die KPD ein, arbeitete in der KPD-Kreisleitung Chemnitz und später im SED-Landesvorstandes Sachsen. Nach dem Besuch der Parteihochschule der SED von Oktober 1947 bis März 1949 wurde er Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen. Im Juli 1950 wurde er zum Mitglied des ZK der SED gewählt und als Sekretär zuständig für Kultur. Im Oktober 1950 wurde er zum Abgeordneten der Volkskammer gewählt. Unter konstruierten Anschuldigungen entthob ihn im Mai 1953 die SED all seiner Funktionen. Erst drei Jahre später wurde er vollständig rehabilitiert. 1958 wurde er wieder Bezirkstags-Abgeordneter in Leipzig.

Von 1953 bis 1959 war Hans Lauter Dozent am Franz-Mehring-Institut der Universität Leipzig. Ab 1969 war er Dozent und außerordentlicher Professor am Institut für Marxismus-Leninismus der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. 1974 wurde er dort zum ordentlichen Professor berufen. Im selben Jahr wurde er auch Vorsitzender des Stadtkomitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer.

Nach dem Ende der DDR wurde Hans Lauter Mitglied der PDS und saß in deren Ältestenrat. Ab 1990 baute er zusammen mit Frido Seydewitz die 1953 aufgelöste VVN in Sachsen wieder auf und gehörte zum Vorstand des IVVdN. Auf dem 3. Bundeskongress der VVN-BdA im Mai 2008 in Berlin wurde er zusammen mit der Hamburger Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Als einer der letzten »Moorsoldaten« war er viel auf Reisen, kämpfte als Zeitzeuge gegen das Vergessen der Gräueltaten des Hitlerfaschismus. Er starb am 31. Oktober 2012 in Leipzig.

## Edith Leffmann (1894 – 1984)



Als Kind einer jüdischen Unternehmerfamilie in Köln am 22. Juli 1894 geboren, studierte sie Medizin, promovierte, heiratete Robert Leffmann und eröffnete in Berlin eine eigene Kinderarztpraxis. Durch ihr soziales Engagement in der Weimarer Zeit kam sie in Kontakt mit der Roten Hilfe und der KPD. Als Jüdin wurde sie von den Nazis 1933 gezwungen, ihre Arztpraxis zu schließen und kehrte nach Köln zurück. Der Sohn emigrierte gemeinsam mit den Großeltern 1939 in die Niederlande, wurde jedoch 1943 verhaftet und ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo er umkam. Die Eheleute flohen am 17. April 1939 zunächst nach Brüssel. Nach dem Tod ihres Mannes im April 1940 flüchtete Edith Leffmann weiter nach Frankreich, wo sie zuerst im Camp de Gurs interniert wurde. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete sie in der Résistance in Frankreich im Comité „Allemagne libre pour l'Ouest“ (CALPO) und kehrte getarnt als französische Krankenschwester zurück nach Deutschland. Hier setzte sie ihre antifaschistische Arbeit in einer Papier-

warenfabrik in Eger unter den eingesetzten Arbeiterinnen fort.

Nach Kriegsende reiste sie mit dem Widerstandskämpfer Alphonse Kahn in die französische Besatzungszone ein. Sie ließ sich im August 1945 in Ludwigshafen nieder und trat der KPD bei. Edith Leffmann war die jüdische Vertreterin im Betreuungsausschuss für die Opfer des Faschismus, der 1950 in das Amt für Wiedergutmachung überführt wurde. Sie übernahm trotz eigener gesundheitlicher Probleme unter schwierigsten Bedingungen die medizinische Versorgung der von Krieg und Entbehrung gezeichneten Patienten. In Ludwigshafen erhielt sie dafür den Ehrentitel „Engel von Hemshof“. Gleichzeitig arbeitete sie im Ludwigshafener Friedenskomitee und kandidierte 1951 für die KPD zum rheinland-pfälzischen Landtag. Sie war Mitbegründerin der VVN, die erste Vorsitzende der VVN in Rheinland-Pfalz, Mitglied im VVN-Zonensekretariat und blieb aktiv, auch als die Organisation angefeindet wurde und sie selber im August 1952 einen Strafbefehl erhielt.

Seit 1960 wohnte sie in Mannheim, wo sie am 3. Februar 1984 starb. Nach ihrem Tod setzten sich verschiedene Initiativen für eine Würdigung von Edith Leffmann ein. Erst 2013 konnte gegen den Widerstand der CDU-Mehrheit im Stadtrat eine Gedenktafel in Ludwigshafen durchgesetzt werden.

## „Unsere Mütter, unsere Väter“

## Fritz Maiwald (1916 – 2007)



Fritz Maiwald wurde 1916 geboren. Schon während seiner Elektrikerlehre in Breslau wurde er Gewerkschaftsmitglied. Enttäuscht von der Unterstützung der Rüstungspolitik durch die SPD in den 20er-Jahren schloss er sich der SAP an. Nach der Machtübergabe an Adolf Hitler beteiligte er sich von Anfang an am Widerstand. Seine Gruppe organisierte den illegalen Grenzverkehr mit Widerstandskämpfern und Propagandamaterial zur CSR. Auch während Arbeitsdienst und Kriegsdienst als Funker bei der Luftwaffe in Wunstorf hielt er Kontakt zu illegalen Gruppen.

Nach 1945 blieb er in Hannover und war Mitglied in einem Ausschuss zur Entnazifizierung. Er war Gründungsmitglied der IG Metall in Hannover und in der britischen Zone, wurde Mitglied der KPD und trat nach deren Verbot als Einzelkandidat zur Bundestagswahl 1961 an, was zu einer Verurteilung wegen angeblichen Verstoßes gegen das KPD-Verbot führte. Sieben

Monate der 12-monatigen Haftstrafe verbrachte er im Gefängnis Oldenburg.

Von den 70er-Jahren an widmete sich Fritz intensiv der Arbeit in der VVN, war über viele Jahre Kreisvorsitzender in Hannover und hatte Funktionen auf Landes- und Bundesebene. Er setzte sich sehr für die Öffnung der VVN zum „Bund der Antifaschisten“ ein und entwickelte ihre Kontakte zu den Gewerkschaften. Er arbeitet in der Geschichtskommission und dem Arbeitskreis Niedersächsischer Gedenkstätten. Besonders bemühte er sich dabei um Aufklärung über die Zwangsarbeiterlager in hannoverschen Betrieben. Als Zeitzeuge für die Jugend stand er immer zur Verfügung. Er stellte den Kontakt mit tschechischen Verfolgten her und bemühte sich um das Andenken an Prof. Theodor Lessing und die Erforschung von dessen Emigrationszeit in der CSR.

Seit Gründung des „Niedersächsischen Härtefonds für Opfer des NS-Regimes“ arbeitete er mehr als neun Jahre lang als allseits geachteter Vertreter der VVN-BdA. 2002 wurde er zum Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA Niedersachsen gewählt. Fritz Maiwald starb 2007.

*Jörg Meinke*

## Hans Mayer (1907 – 2001)



Hans Mayer stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Köln. Schon in seiner Jugend wurde er von den frühen Schriften Karl Marx' und von den Arbeiten Georg Lukács' beeinflusst. Er verstand sich als Sozialist und Marxist.

Als Jurastudent schloss er sich der SPD an und arbeitete an der Zeitschrift „Der Rote Kämpfer“ mit. Ende 1931 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der SAPD, aus der er ein Jahr später wegen seiner Sympathie zur KPD-Opposition wieder ausgeschlossen wurde. Da er Jude und Marxist war, erhielt er im Juli 1933 Berufsverbot. Mayer floh im August nach Frankreich. Im Elsass arbeitete er für die kommunistische „Neue Welt“. 1934 übersiedelte er nach Genf, wo er für Hans Kelsen und Max Horkheimer arbeitete. Als es nach Stalingrad für Exilsuchende in der Schweiz möglich wurde, auch politisch öffentlich aufzutreten, beteiligte sich Hans Mayer am Aufbau der Bewegung

„Freies Deutschland“ und gründete die Zeitschrift „Über die Grenzen – von Flüchtlingen für Flüchtlinge“.

Nach Kriegsende kehrte Mayer 1945 nach Deutschland zurück. Die US-amerikanische Verwaltung ernannte ihn zum Kulturredakteur der dpa-Vorgängerin Deutsche Nachrichten-Agentur (DNA) und später zum politischen Chefredakteur von Radio Frankfurt. Er war Mitbegründer der VVN Hessen und bis 1949 deren Vorsitzender. Für die gesamtdeutsche VVN nahm er am Kongress der FIAPP in Warschau teil. 1948 folgte er einer Berufung als Professor für Literaturwissenschaft an die Universität Leipzig.

Ab 1956 führten ideologische Auseinandersetzungen dazu, dass seine akademische Tätigkeit zunehmend behindert wurde. Ende der 50er Jahre wechselte er in die BRD. Dort war er zuerst als Literaturkritiker tätig und erhielt 1965 einen neu eingerichteten Lehrstuhl für deutsche Literatur an der Technischen Hochschule Hannover. Diesen hatte er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1973 inne. Danach lebte Mayer als Honorarprofessor in Tübingen. Dort erneuerte er seine Kontakte zur Arbeit der VVN-BdA. Er starb 2001 in Tübingen. Sein Grab findet sich auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin.

### Gertrud Meyer (1898 – 1975)



Geboren am 21. Januar 1898 in Köln als Tochter eines sozialdemokratischen Handwerkers, verbrachte sie ihre Jugendzeit in Hamburg und wurde 1912 Mitglied der SAJ. Aus finanziellen Gründen konnte sie ihren Berufswunsch Lehrerin nicht verwirklichen. Schließlich war sie in Köln als Dienstmädchen beschäftigt und arbeitete während des Ersten Weltkrieges in einer Munitionsfabrik. Sie gehörte 1918 dem Arbeiter- und Soldatenrat in Köln an.

1920 wurde sie Mitglied der KPD und heiratete den Architekten Kurt Meyer (1888–1942), mit dem sie einen Sohn hatte. Mit ihrem Ehemann arbeitete sie für die Zeitung „Sozialistische Republik“. Von 1924 bis 1925 war sie Stadtverordnete in Köln.

Ab 1930 lebte sie mit ihrem Ehemann und dem gemeinsamen Sohn in Moskau. Sie arbeitete in einer Elektrofabrik und studierte ab 1933 Politik. Gemeinsam mit ihrem Ehemann wurde sie 1936 durch Angehörige des NKWD festgenommen. Ihr Mann wurde interniert und der gemeinsame Sohn in ein Kinderheim verbracht. Sie selbst wurde im September 1938 aus

der Sowjetunion nach Deutschland abgeschoben. Nach ihrer Ankunft in Deutschland wurde sie umgehend von Gestapo-Beamten festgenommen. Anschließend wurde sie abgeurteilt, ins Zuchthaus Cottbus verbracht und erst im September 1940 aus der Haft entlassen.

Gertrud Meyer musste danach bei den Valvo-Werken in Hamburg-Lokstedt als Laborantin Zwangsarbeit leisten. Meyer wirkte in den konspirativen Strukturen der Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe und half in ihrem Betrieb hungernden sowjetischen Zwangsarbeiterinnen, da sie über russische Sprachkenntnisse verfügte. Im Februar 1944 wurde Meyer im Betrieb verhaftet und in das Polizeigefängnis Fuhlsbüttel überstellt. Erst zwölf Monate später kam sie in Untersuchungshaft, aus der sie erst am 26. Mai 1945 befreit wurde.

Politisch ungebrochen war sie anschließend als Sachbearbeiterin für das Komitee ehemaliger politischer Gefangener tätig und schließlich bei der VVN. Gertrud Meyer unterstützte die Vorbereitungen für die Kriegsverbrecherprozesse. Sie baute ein antifaschistisches Archiv des Widerstands auf, widmete sich der Widerstandsforschung und publizierte gemeinsam mit Ursel Hochmuth „Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933 – 1945“. Sie starb am 21. Dezember 1975 in Hamburg.

## Änne Meier (1896 – 1989)



Am 13. Januar 1896 in Balterweiler/Saar geboren wurde sie Lehrerin, jedoch nach dem Krieg wegen „Überschuss an Lehrkräften“ 1919 entlassen. Nach einem Studium in Heidelberg arbeitete sie als Sozialfürsorgerin. Als engagierte Katholikin und mit der Jugendarbeit verbunden, wurde sie Mitte der 20er Jahre Gauführerin der katholischen St.-Georg-Pfadfinderinnen an der Saar. Als Katholikin mit konservativen Wurzeln war sie klar gegen die NSDAP und ihre Ideologie. Daher stimmte sie 1935 für den „status quo“, d.h. gegen einen Anschluss des Saarlands an Frankreich oder Deutschland.

Mit den neuen Machthabern geriet sie in Konflikt, als sie trotz zunehmenden staatlichen Drucks mit konspirativen Mitteln die katholische Jugendarbeit fortsetzte. Außerdem vervielfältigte sie u.a. Texte des Münsteraner Bischofs Galen.

Als sie als Sozialfürsorgerin am Euthanasie-Programm mitwirken sollte, weigerte sie sich, „erbblologische Gutachten“ an die Behörden weiterzuleiten. Ende 1941 verbreitete sie handschriftlich vervielfältigt die „Mölders-Briefe“ von der Front, in

denen ein junger Kaplan die Unmenschlichkeit des Krieges schilderte. Am 21. Januar 1942 wurde Änne Meier verhaftet. Es folgten zehn Wochen Einzelhaft im Saarbrücker Gefängnis Lerchesflur und anschließend die Überführung in das Frauen-KZ Ravensbrück. Ihr „Verbrechen“: „Fanatischer Einsatz für die Katholische Aktion“.

Die Haft in Ravensbrück überlebte sie wegen ihres unerschütterlichen Glaubens und der Solidarität der Mithäftlinge. Auf dem Todesmarsch von Ravensbrück nach Neustrelitz gelang ihr Ende April 1945 die Flucht.

Zurückgekehrt nach Balterweiler arbeitete sie schon Ende 1945 wieder als Kreisfürsorgerin bis zu ihrer Pensionierung Anfang der 60er Jahre. Im November 1948 gehörte Änne Meier zu den Mitbegründerinnen der VVN Saar. Als überzeugte Christin stand sie anfangs der Christlichen Volkspartei (CVP) nahe. Als die Partei der Adenauer-Linie folgte, blieb Änne Meier in der VVN und übernahm Funktionen, zuletzt als stellvertretende Landesvorsitzende. 1983 wurde sie in das Ehrenpräsidium berufen, dem sie bis zu ihrem Tode am 20. Juli 1989 angehörte.

Änne Meier war auch in der Lagergemeinschaft Ravensbrück tätig. Außerdem arbeitete sie in der internationalen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ mit. Mit fast 90 Jahren nahm sie noch an den großen Demonstrationen der Friedensbewegung teil.

1988 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Heute trägt in Balterweiler eine Förderschule ihren Namen.

## Gertrud Müller (1915 – 2007)



Gertrud Müller wurde am 25. November 1915 in Stuttgart geboren. Bereits mit 15 Jahren wird sie Mitglied im KJVD. 1933 wird sie deswegen zum ersten Mal verhaftet. Sie wurde von der Haft nicht gebrochen, sondern engagierte sich nach ihrer Freilassung im Kampf gegen den Faschismus. Gemeinsam mit Freunden verteilte sie Flugblätter und schrieb Parolen an Häuserwände. 1937 heiratete sie Hans Müller. Sie kannten sich bereits vom KJVD und waren beide aktiv im Widerstand. Ihre Wohnung wurde zu einem Treffpunkt des Feuerbacher Widerstands. Sie nahmen Kontakt zu französischen und sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern auf und planten eine Kleider- und Lebensmittelsammlung für sie. Am 26. Juni 1942 wurden beide verhaftet, nachdem sie Kuchen über den Zaun eines Lagers für sowjetische Kriegsgefangene in Feuerbach geworfen hatte. Der wachhabende SS-Mann war mit ihr in die Schule gegangen und hatte sie erkannt.

Gertrud war 13 Monate im Gefängnis in Stuttgart Bad-Cannstatt inhaftiert. Die meiste Zeit davon in strenger Einzelhaft. Danach kam sie über mehrere Stationen in das Frauen-KZ Ravensbrück. Auf Ihrer Karte stand „Rückkehr unerwünscht“, was eigentlich

einem sicheren Todesurteil gleichkam. Die Solidarität ihrer Mitgefangenen ermöglichte es, dass Gertrud im KZ überlebte. Besonders die ebenfalls inhaftierte Stuttgarter Kommunistin Maria Widmaier half ihr. Sie kam 1944 in ein KZ nach Geislingen. In dem Außenlager von Natzweiler waren hauptsächlich jüdische Frauen aus Ungarn inhaftiert. Gertrud wurde zuerst Blockälteste und dann verantwortlich für die Lagerküche. In dieser Funktion gelang es ihr immer wieder, den anderen Frauen zusätzlich etwas zum Essen zu verschaffen.

Nach der Befreiung engagierte sich Gertrud Müller wieder politisch. Sie wirkte in antifaschistischen Komitees mit, die die Aufgabe hatten Stuttgart von Nazis zu säubern, und gehörte zu den Mitbegründerinnen der VVN. Zu ihrem großen Glück hatte auch ihr Mann die KZ-Haft überlebt.

Als 1960 die Lagergemeinschaft Ravensbrück gegründet wurde, gehörte sie zu den Mitgründerinnen. Von 1979 bis 1997 war sie Vorsitzende der Lagergemeinschaft. Danach wurde sie zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

In einem Interview mit den „Ravensbrück Blättern“ sagte sie: „Wir sind 1945 aus dem KZ gekommen mit der Verpflichtung, alles zu tun, damit niemals wieder von deutschem Boden Faschismus und Krieg andere Länder überzieht. Das muss für uns alle Verpflichtung sein. Damit ehren wir alle Opfer des Faschismus.“ Sie starb am 25. Mai 2007 in Stuttgart.

*Janka Kluge*

# „Unsere Mütter, unsere Väter“

## Josef Cornelius Rossaint (1902 – 1991)



1902 in Eupen geboren, arbeitete der überzeugte Katholik nach seinem Studium als Kaplan in Oberhausen und Düsseldorf. Als Mitglied des „Friedensbundes deutscher Katholiken“ und der „Katholischen Sturmsharen“ widersetzte er sich schon vor 1933 den Nazis. Dabei scheute er auch nicht die Zusammenarbeit mit politischen Nazigegnern aus der Arbeiterjugend. In der NS-Zeit nahm Rossaint sogar Kontakte zu Mitgliedern des KJVD auf. Deswegen wurde er am 29. Januar 1936 verhaftet und im April 1937 im Berliner „Katholiken-Prozess“ unter dem Vorwurf „versuchte Bildung einer Einheitsfront zwischen Katholiken und Kommunisten“ als Hauptangeklagter zu elf Jahren Haft verurteilt. Bis April 1945 blieb er im Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen inhaftiert.

Nach der Befreiung engagierte sich Josef Rossaint als Publizist und Verleger für den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn, arbeitete im „Bund christlicher Sozialisten“, bis er durch die Adenauer-Administration daran gehindert wurde. Als

Verfolgter des Naziregimes war er Mitbegründer der VVN und blieb trotz aller politischen Anfeindungen einer ihrer Repräsentanten. Als man die VVN verbieten wollte, stellte er sich bewusst als Präsidenten zur Verfügung und vertrat die VVN im Generalrat der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer). Die geheimdienstliche Überwachung der VVN brachte ihm ein umfassendes Dossier des Verfassungsschutzes ein, das Reden beim DGB, Mitarbeit in der VVN, der FIR und an internationalen Tagungen beinhaltete. „Verfassungsbedrohend“ waren die Forderung nach einem „Nichtangriffspakt zwischen den Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Paktes“ und eine Ansprache „zum Gedenken an die NS-Opfer vom Wenzelberg bei Leichlingen“.

Rossaint plädierte Ende der 60er Jahre vehement für die Öffnung der VVN für nachgeborene Generationen, die sich der Tradition des antifaschistischen Kampfes verbunden fühlten. Die Erweiterung zum „Bund der Antifaschisten“ 1971 wurde von ihm durch Einbindung von Jugendorganisationen aktiv vorangetrieben.

Ungeachtet seiner katholisch und bündisch geprägten Vorstellungen genoss er als Antifaschist innerhalb und außerhalb der Organisation ein hohes Ansehen. So erhielt er 1987 die Ehrendoktorwürde der Berliner Humboldt-Universität sowie 1989 den Aachener Friedenspreis.

In der komplizierten Phase der politischen Neuorganisation der VVN-BdA 1990 war er eine wichtige Integrationsfigur für alle Richtungen in der Organisation – er wurde einstimmig zum Ehrenpräsidenten der VVN-BdA gewählt. Er starb am 16. April 1991.

## Gertrud Schröter (1913 – 1999)



Gertrud Schröter wurde 1913 geboren. Sie wuchs in einem antifaschistischen Elternhaus auf. Ihr Vater wurde als KPD-Abgeordneter im Stadtparlament gleich nach dem Reichstagsbrand verhaftet, kam ins Zuchthaus und ins KZ. Gertrud arbeitete in der Illegalität, konnte aber einer weiteren Verhaftung durch die Nazis entgehen.

Nach der Befreiung gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der VVN, des Demokratischen Frauenbundes und engagierte sich im Friedenskomitee gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. 1961 wurde sie wegen ihres Engagements in der Arbeitsgemeinschaft „Frohe Ferien für alle Kinder“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Auch danach war Gertruds Leben vom Kampf gegen Faschismus und Krieg geprägt. Sie war in der Friedensbewegung aktiv und setzte sich besonders dafür ein, dass jungen Menschen die Geschichte des Faschismus vermittelt und dabei auch der Bezug zur Gegenwart hergestellt wurde. Sie stand jederzeit für Zeitzeugengespräche zur Verfügung.

Mit ihrer unermüdlichen Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen hat sie entscheidend zur Entwicklung der Gedenkstätte Bergen-Belsen beigetragen und dort über mehrere Jahrzehnte unzählige Führungen durchgeführt. Ein besonderes Anliegen war ihr, dass der neben der Gedenkstätte liegende sowjetische Kriegsgefangenenfriedhof wieder gepflegt und in

das Gedenken an die Opfer des Faschismus einbezogen wurde.

Mit großem Engagement hat sie sich bis kurz vor ihrem Tod auf dem der VVN/BdA von der Fraktion B90/Grüne zur Verfügung gestellten Platz im Beirat des „Niedersächsischen Härtefonds für Opfer des NS-Regimes“ für die sozialen Belange ehemaliger NS-Verfolgter eingesetzt. 1995 wurde sie für ihre Erinnerungsarbeit mit dem Niedersächsischen Verdienstorden geehrt. Gertrud Schröter starb 1999. *Jörg Meinke*

„Unsere Mütter, unsere Väter“

## Fridolin (Frido) Seydewitz (1919 – 2016)



Frido Seydewitz, geboren 7. Februar 1919, entstammte einer alten sozialdemokratischen Arbeiterfamilie. Sein Vater Max Seydewitz war linker Sozialdemokrat und gehörte 1931 zu den Gründern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). In der Familie Seydewitz wurden die Kinder im proletarischen Sinn, im Stolz auf ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse erzogen. Schon in früher Jugend wird Frido Seydewitz politisch aktiv, organisiert sich bei den „Roten Falken“.

1933 wohnten die Seydewitz' in Berlin, da Vater Reichstagsabgeordneter war. Hier besuchte er die Karl-Marx-Schule. Er sah im Februar den Reichstag brennen. Wenige Tage später stürmte SA die Wohnung, doch Max Seydewitz hatte sich verborgen. So wurden seine Söhne als Geiseln genommen. Nach drei Wochen gelang es ihnen, zu entkommen. Sie flohen in die ČSR, nach Prag.

Hier wurden sie von sozialdemokratischen Genossen aufgenommen. Zwei Jahre lebten sie in der ČSR, schlugen sich

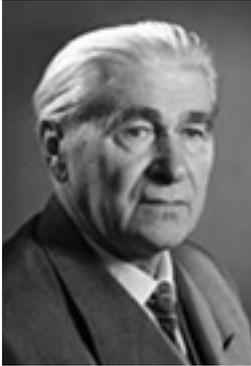
mit kleineren Arbeiten durch. Sie lernten Tschechisch und Russisch, denn ihr Ziel war die Sowjetunion. Im August 1935 kamen die Brüder in Moskau an. Sie absolvierten eine Schlosserlehre, besuchten eine Arbeiterfakultät zur Erlangung der Hochschulreife, wurden Mitglied des Komsomol.

Dann brach die Zeit des Großen Terrors an. Am 17. Februar 1938 wurde Fridos älterer Bruder Horst vom NKWD abgeholt. Zwei Wochen später wurde auch Frido verhaftet – er sei Mitglied einer Gruppe der Moskauer Hitlerjugend, zu der auch der Sohn von Hans Beimler gehöre. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, kam nach Sibirien an die Kolyma in eine Goldmine.

1948 wurde Frido Seydewitz entlassen. Er kam zurück nach Dresden, wo sein Vater sächsischer Ministerpräsident geworden war. Frido studiert, wird Jurist, arbeitet auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität. Über seinen Aufenthalt in der Sowjetunion spricht er kaum, meist nur mit Freunden und Leidensgefährten.

1990, nach dem Ende der DDR, baut er gemeinsam mit Hans Lauter, Edith Sparmann, Werner Wolf die 1953 aufgelöste VVN in Sachsen wieder auf, wird ihr erster Vorsitzender. Immer wieder versucht er, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, ihnen geschichtliche Lehren nahe zu bringen. Im Alter von 97 Jahren starb am 10. April 2016 Frido Seydewitz und wurde auf dem Dresdner Heidefriedhof beigesetzt. *Peter Giersich*

## Robert Siewert (1887 – 1973)



Geboren am 30. Dezember 1887 in Schwersenz/Posen lernte er Maurer und trat 1906 der SPD bei. Bei seiner Wanderzeit in der Schweiz lernt er Lenin kennen. Als Soldat an der Ostfront schließt er sich 1918 dem Spartakusbund an und 1919 der KPD. 1920 wird er für die KPD in den sächsischen Landtag gewählt. In den folgenden Jahren hat er verantwortliche Funktionen in der KPD, bevor er 1929 wegen Zugehörigkeit zur KPD-Opposition, für die er weiterhin im Landtag bleibt, ausgeschlossen wird.

Ab 1933 leistete er illegal Widerstand in den Strukturen der KPO. 1935 wurde er verhaftet und zu 3 Jahren Haft im Zuchthaus Luckau verurteilt. Anschließend kam er 1938 ins KZ Buchenwald, wo er als Kapo des Baukommandos I Mitglied des illegalen Internationalen Lagerkomitees wurde. Er rettete zahllosen Häftlingen aller Nationen, besonders jüdischer Jugendlichen, durch Maurerausbildung das Leben. Er sprach auf der illegalen Gedenkfeier für Ernst Thälmann und wurde zeitweilig

in Einzelhaft genommen. Ungebrochen erlebte er am 11. April 1945 die Selbstbefreiung des KZ Buchenwalds.

Als „Aktivist der ersten Stunde“, Mitglied der KPD und dann der SED begeisterte er die Menschen in Halle für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau. Als Vizepräsident der Provinzialverwaltung und Innenminister von Sachsen-Anhalt bis 1950 organisierte er u.a. die Bodenreform. Trotz politischer Kampagnen gegen ehemalige KPO-Mitglieder blieb er seinen Überzeugungen treu. 1947 wurde er Gründungsmitglied VVN Sachsen-Anhalt und Präsidiumsmitglied der VVN. Nach der Auflösung 1953 wurde er Mitglied des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und leitender Mitarbeiter im Ministerium für Aufbau, später Bauministerium der DDR. In dieser Funktion war er maßgeblich beteiligt an der Errichtung und Gestaltung würdiger Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus. Als Zeitzeuge, im Geiste des Schwurs von Buchenwald, wirkte er unermüdlich aufklärend im Gespräch mit Jugendlichen. In den 60er Jahren wurde er langjährig Mitglied des Präsidiums der FIR. Er starb am 2. November 1973 in Berlin/DDR. *Gisela Döring*

„Unsere Mütter, unsere Väter“

## Alice Stertzenbach (1909 – 1996)



„Ich war fest entschlossen, nicht kampfflos unterzugehen, sondern so viele Menschen wie möglich zusammenzubringen, um uns zu wehren.“ Diesem Motto ist Alice Stertzenbach, am 13. September 1909 in Dortmund als Alice David in eine jüdische Familie geboren, ihrem ganzen Leben treu geblieben. 1933 konnte sie ihr Zahnmedizinstudium erfolgreich abschließen, die Examensurkunde wurde ihr jedoch verweigert, stattdessen war sie im Kölner Frauengefängnis eingesperrt. Seit 1930 war Alice Heymann David – wie sie nach ihrer ersten Ehe hieß – in der KPD organisiert und setzte auch nach ihrer Freilassung die Widerstandsarbeit fort. 1936 emigrierte sie und arbeitete in Amsterdam als stellvertretende Leiterin des Hauses Oosteinde, eines Begegnungs- und Kulturzentrums für jüdische Flüchtlinge. Dort organisierte sie ein umfangreiches Bildungs- und antifaschistisches Kulturprogramm und bildete eine Gruppe, die sich um die illegale antifaschistische Flüchtlinge kümmerte.

Nach der Besetzung der Niederlande durch die faschistische Wehrmacht arbeitete ihre Gruppe eng zusammen mit der Widerstandsgruppe von Werner Stertzenbach, die im Lager Westerbork u.a. die Rettung von besonders gefährdeten Menschen organisierte. Alice Heymann-David, die im Herbst 1943 selbst untertauchen musste, wirkte in der „Interessengemeinschaft deutscher und staatenloser Antifaschisten“ mit.

Nach ihrer Rückkehr 1946 nach Deutschland war sie in der Wohlfahrtspflege, Familienfürsorge und Altenpflege tätig. Die Kommunistenverfolgung während der Adenauer-Zeit blieb auch Alice Stertzenbach – wie sie nach der Ehe mit Werner Stertzenbach hieß – nicht erspart, 1958 wurde sie zu acht Monaten Haft (auf Bewährung) verurteilt. Sie setzte sich vehement für die Wiedergutmachung der Opfer des Naziregimes ein. Ihre eigene Wiedergutmachung hatte sie durch das Urteil von 1958 verloren. Viele Jahre leitete sie die Kommission für Sozialpolitik beim Präsidium der VVN. Bis in die 80 Jahre forderte sie eine stärkere Berücksichtigung der Sozialpolitik innerhalb der VVN-BdA und warnte vor der „*Zurückschaltung des Netzes der sozialen Sicherheit auf die individuelle Absicherung der Lebensrisiken auf den einzelnen*“. Sie engagierte sich in der ÖTV und ihre Solidarität mit Verfolgten hörte nie auf, konsequent setzte sie sich in den 70er Jahren für die Flüchtlinge aus Chile ein. Trotz schwerer Krankheit mischte sie sich weiterhin politisch ein. Am 19. Februar 1996 starb Alice Stertzenbach in Düsseldorf. **Gisela Blomberg**

## Justin Sonder (geb. 1925)



Geboren am 18. Oktober 1925 in Chemnitz wuchs Justin Sonder im Arbeitermilieu auf. Schon mit gut zehn Jahren musste er als Jude die Schule verlassen. Gleichzeitig erlebte er Haussuchungen durch die SA, da sein Vater SPD-Mitglied war. 1942 wurden die Eltern in Umsetzung der Nürnberger Rassegesetze verhaftet und deportiert. Der 17jährige Justin blieb allein. Er arbeitete als Monteur in der Chemnitzer Firma E. F. Bartel, die Bauteile für die Rüstungsindustrie lieferte. Am 27. Februar 1943 wurde auch er im Rahmen der so genannten Fabrik-Aktion von der Gestapo verhaftet und kam über Dresden-Hellerberg in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Er wurde als arbeitsfähig selektiert und kam nach Auschwitz-Monowitz, das Sklavenlager der IG Farben AG. Diese Prozedur musste er in der zweijährigen Haft sechzehn Mal erleben.

Im Januar 1945 wurde Justin Sonder auf Todestransport nach Mauthausen und anschließend in Richtung Sachsenhausen geschickt. Fast die Hälfte der Häftlinge starb auf dieser Deportation. Am 23. April 1945 wurde er durch die Alliierten befreit.

Zurück in Chemnitz trat er in die SPD ein, später war er Mitglied in der SED. „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ wurde ihm zur Lebensmaxime. Er wollte am Aufbau einer antifaschistischen, demokratischen Ordnung mitwirken und wurde Volkspolizist.

Im Jahr 1990 gehörte Justin Sonder neben Hans Lauter und Frido Seydewitz zu den Ersten, die in Sachsen die im Jahr 1953 aufgelöste VVN in Form des „Interessenverbandes ehemaliger Widerstandskämpfer, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener“ (IVVdN) wieder belebte. Er gehörte dem ersten Landesvorstand an und wirkte für den Erhalt antifaschistischer Traditionen und Gedenkstätten.

Die Weitergabe der Erfahrungen an die Jugend ist ihm bis heute ein besonderes Anliegen. Zahllose Gespräche als Zeitzeuge sind ein Beleg dafür.

# „Unsere Mütter, unsere Väter“

## Maria Wachter (1910 – 2010)



„Wer selbst nicht glüht, kann andere nicht entzünden“, so lautete der Wahlspruch von Maria Wachter, geboren in Düsseldorf am 21. April 1910. Sie trat 1930 in die KPD ein und gehörte zu der weit über Düsseldorf hinaus bekannten Agit-Prop-Gruppe „Nord-West-ran“.

Ab 1933 war sie aktiv in Düsseldorf im antifaschistischen Widerstand bis sie 1935 ihre Heimatstadt verlassen musste. Nach Besuch der Lenin-Schule in Moskau arbeitete sie ab Herbst 1937 bis Ende 1938 von Amsterdam aus für die KPD als Instrukturin für die Widerstandsgruppen in den Oetker- und Dürrkopp-Werken. Alle drei Wochen fuhr sie – ausgestattet mit falschen Papieren und als gut situierte Bürgersfrau getarnt – nach Bielefeld.

Am 31. August 1939 wurde sie in Paris festgenommen und über das südfranzösische Straflager Rieucros nach Deutschland verschleppt, wo sie – obwohl ihr keine Widerstandsaktivitäten nachgewiesen werden konnten – 1942 zu fünf Jahren Zuchthaus und anschließender Überstellung in das KZ Ravensbrück verurteilt wurde. Während dieser Zeit wurde sie zur Zwangsarbeit in der zu einem Rüstungsbetrieb umgewandelten Firma Schlichte (eigentlich Kornbrennerei) in Steinhagen verpflichtet.

Auch nach dem Ende des Faschismus geriet sie wieder in die Fänge der Justiz. 1958 wurde die – mit Verweis auf die Gestapo Akte – „Unverbesserliche“ des Verstoßes gegen das KPD-Verbot angeklagt. Sie musste freigesprochen werden, ihre Opferrente als Verfolgte des NS-Regimes wurde jedoch aberkannt.

Über viele Jahre war Maria Wachter Mitglied des Präsidiums der VVN und wurde zur Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA NRW ernannt. Unermüdlich gab sie ihre Erfahrungen an die jüngeren Generationen weiter, noch im hohen Alter meldete sie antifaschistische Demonstrationen an.

100jährig starb Maria Wachter am 18. August 2010 in Düsseldorf, sie hätte gern noch im September 2010 ihre 80jährige Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei gefeiert.

*Gisela Blomberg*

## Lore Wolf (1900 – 1996)



Aus einer Arbeiterfamilie stammend erlebte Lore Wolf schon in ihrer Jugend, was soziale Not und Krieg für die Menschen bedeuteten. So organisierte sie sich als Angestellte der Stadt Frankfurt/M. politisch in der SAJ, den Naturfreunden und der „Roten Hilfe“. 1932 ging sie mit ihrem Mann in die UdSSR. Im April 1933 kehrte sie nach Frankfurt zurück in die nunmehr illegale politische Arbeit und trat der KPD bei. Steckbrieflich gesucht flüchtete sie 1935 über das Saarland nach Frankreich. Hier hatte sie intensiven Kontakt zu Anna Seghers und anderen politischen Emigranten. Nach dem deutschen Überfall wurde sie im August 1940 in Paris verhaftet, nach Deutschland verschleppt und vom Volksgerichtshof zu 12 Jahren Haft verurteilt, die sie im Zuchthaus Ziegenhain verbüßte. Noch im März 1945 auf Transport geschickt, wurde sie am 2. Mai 1945 in Hamburg befreit.

Nach Frankfurt/M. zurückgekehrt baute sie mit dem Buchenwald-Häftling Otto Roth die Betreuungsstelle für Widerstandskämpfer und NS-Verfolgte auf. So wurde sie zur ersten Anlaufstelle für ehemalige Nazigegner und Mitbegründerin der VVN in Frankfurt und Hessen.

Sie arbeitete als Angestellte der Stadt Frankfurt und übernahm gleichzeitig Funktionen in der hessischen VVN. Dort kümmerte sie sich vorrangig um die Sozial- und Geschichtsarbeit. Mit dem Buch „Ein Leben ist viel zu wenig“ und den Tagebüchern aus der Haft in Ziegenhain sowie als Zeitzeugin versuchte sie das Vermächtnis der Antifaschisten an die jungen Generationen zu vermitteln. Sie gehörte zu den Mitbegründern des „Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945“, war Trägerin der Johanna-Kirchner-Medaille und starb 1996 in Frankfurt/Main.

### Jeanette Wolff (1888 – 1976)



In Bocholt/Westfalen geboren, engagiert sich Jeanette Wolff in den 1920er Jahren in der westfälischen SPD, im Jüdischen Frauenbund und im „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Als Stadtverordnete und Stadträtin vertritt sie zwischen 1919 und 1932 die SPD in Bocholt und gehört zu den Gründerinnen der Arbeiterwohlfahrt.

1933 wird die Mutter von drei Kindern für zwei Jahre in „Schutzhaft“ weggesperrt. Nach ihrer Entlassung eröffnet sie in Dortmund eine Pension für Juden. In der Pogromnacht am 9. November 1938 zerstören Angehörige der SA ihre Wohnung und die Pension. Ihr Mann kommt in das KZ Sachsenhausen. 1940 wird die Familie in das „Judenhaus“ Dortmund-Mengede verbracht und 1942 in das Ghetto Riga verschleppt. Von der fünfköpfigen Familie überleben nur Jeanette Wolff als Zwangsarbeiterin und eine ihrer drei Töchter.

Nach der Befreiung beteiligt sie sich am Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde in Berlin. Sie wendet sich gegen einen Zusammenschluss von SPD und KPD. Von 1946 bis 1951 sitzt sie für die SPD im Abgeordnetenhaus. Im Januar 1948 zur stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner VVN gewählt gerät sie durch den Beschluss des SPD-Vorstandes, der eine Mitgliedschaft der SPD mit dem Engagement in der VVN als unvereinbar ausschließt, in erhebliche Bedrängnis. Im Februar erklärt sie ihren Austritt aus der VVN, kehrt im März zurück und verlässt im Juni 1948 endgültig die Vereinigung der Naziverfolgten. Von 1952 bis 1961 ist sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Hans Coppi*

„Unsere Mütter, unsere Väter“

---

## Autorenverzeichnis

Gisela Blomberg, Düsseldorf, Mitglied des Landesvorstandes NRW

Hans Coppi, Berlin, Dr. und Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes, Berliner Landesvorsitzender der VVN-BdA

Werner Dietrich, Halle, Dr. Historiker und Mitglied im Landesvorstand der VVN-BdA Sachsen

Gisela Döring, Halle, Mitglied im Landesvorstand Sachsen-Anhalt der VVN-BdA

Georg Fülberth, Marburg, Prof. Dr. emeritierter Politikwissenschaftler, umfangreiche wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit zu linker Politik und zur Zeitgeschichte

Peter Giersich, Auerbach, Mitglied im Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA

Axel Holz, Schwerin, Dr., Bundesvorsitzender der VVN-BdA

Guido Hoyer, Freising, Dr., Geschäftsführer der VVN-BdA Bayern

Conny Kerth, Hamburg, Bundesvorsitzende der VVN-BdA

Janka Kluge, Stuttgart, Landessprecherin der VVN-BdA Baden-Württemberg

Jörg Meinke, Hannover, Mitglied im Landesvorstand der VVN-BdA Niedersachsen

Ulli Sander, Dortmund, Journalist, Bundessprecher der VVN-BdA, Verfasser von Recherchen zum Widerstand, Anti-Militarismus und zu Geschichtsthemen

Ulrich Schneider, Kassel, Dr. Historiker und Bundessprecher der VVN-BdA, zahlreiche Veröffentlichungen zu Faschismus, antifaschistischer Widerstand und Neofaschismus

Jochen Vogler, Wuppertal, Landessprecher der VVN-BdA NRW, Fotoaktivist bei r-mediabase.eu

Thomas Willms, Potsdam, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, zahlreiche Veröffentlichungen zu Neofaschismus und antifaschistischer Politik heute



Das Magazin für antifaschistische Politik und Kultur

***antifa***

Herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA)

- Mit aktuellen Berichten aus deutschem und internationalem Geschehen
- Informationen zur Geschichts- und Gedenkstättenarbeit
- Tatsachen und Hintergründe zum Thema Neofaschismus
- 4-seitiges »Spezial« zu Schwerpunkten und theoretischen Auseinandersetzungen von historisch bedeutsamen Ereignissen
- Umfangreicher Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen
- Erscheint zweimonatlich

Hiermit bestelle ich **antifa** zum nächstmöglichen Termin und zwar als

- Abo für 15,00 € jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten)
- Vorzugsabo für 7,50 € jährlich (für Schüler, Studierende und Azubis mit Nachweis)
- Förderabo für 30,00 € jährlich.

Die Zeitschrift soll geliefert werden an:

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden an: Redaktion **antifa**, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

Die Zeitschrift kann auch über ein Online-Formular bestellt werden: [www.antifa.vvn-bda.de](http://www.antifa.vvn-bda.de)

HERAUSGEBEN IM  
AUFTRAG DER VEREINIGUNG  
DER VERFOLGTEN DES  
NAZIREGIMES – BUND DER  
ANTIFASCHISTINNEN  
UND ANTIFASCHISTEN



# WOLLEN SIE MITMACHEN?

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland.

Wir sind ein unabhängiger, überparteilicher Verband, der ausgehend von den historischen Erfahrungen des Widerstandes und der Verfolgung für Gleichheit, Solidarität, Demokratie und Frieden eintritt. In unserer Organisation arbeiten Menschen jeden Alters zusammen, die sich dem Antifaschismus verbunden fühlen.

▼ Ich möchte mehr Informationen.

▼ Ich möchte Mitglied werden.

---

Name, Vorname

---

Anschrift

---

E-Mail

---

Telefon

---

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an **VVN-BdA e.V., Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin**

[www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de)